

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 17. April 1929
11. Jahrg. Nummer 88

Verl. im Abh. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,40 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 M., unter Streifenband 3,00 M. Kassepreis: Die bezugsfertigen Willkommenshefte oder deren Namen 12 Pf., Vereins- und Berichtsblätter 6 Pf., Kassenhefte 6 Pf. Die bezugsfertigen Willkommenshefte oder deren Namen im Wert 70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme u. der Haupt-Exposition 1. Mai; in den Spezial-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 15 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 erneuert)

Verlagsredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 40, Tel. 100 20.
Korrespondenz: Breslau 44, Reibstockstr. 11, Tel. 100 20.
Korrespondenz: Breslau 44, Reibstockstr. 11, Tel. 100 20.
Korrespondenz: Breslau 44, Reibstockstr. 11, Tel. 100 20.

Überwältigender Oppositionsieg im größten AEG.-Betrieb! Zweidrittel-Mehrheit — Sieg auch in Schlesien!

(Eig. Bericht.) Berlin, 16. April.
Nach den großen Erfolgen der Opposition bei den Betriebsräte-
wahlen, die in der letzten Woche in den verschiedenen Werksbetrieben
des AEG-Konzerns stattgefunden haben, waren die Augen der Ber-
liner Arbeiter auf das Ergebnis in dem größten AEG.-Betrieb
Berlins, AEG. Brunnenstraße, gerichtet. Die Wahlen fanden am
10., 11. und 12. April statt. Der aus SPD.-Mitgliedern bestehende
Wahlvorstand hat die Auszählung der Stimmen bis Montag ver-
schoben. Die Betriebsräte wahlen führten zu folgendem Ergebnis:
Von 6602 abgegebenen Stimmen, bei rund 7000 Stimmberech-
tigten und 364 ungültig erklärten Stimmen: erhielt die

**Opposition 4023 Stimmen, damit 15 Arbeiterräte, 13 Betriebsräte,
SPD. 1815 Stimmen, damit 7 Arbeiterräte, 6 Betriebsräte.**
Die Wahlen der Angestelltenräte ergaben für die SPD. 4, für die
Gesellen ein Mandat. Damit hat die Opposition die absolute Mehrheit
gegen die SPD. und die Gesellen im Gesamtbetriebsrat (13:11).
Da die Opposition in der AEG. Brunnenstraße schon im Vor-
jahre mit einer eigenen Liste aufgetreten ist, ist ein Vergleich der
diesjährigen Betriebsräte wahlen mit den Wahlen im Jahre 1928
besonders lehrreich. Damals erhielt die SPD. 11 Betriebsräte, die
Opposition 7 Sitze, die Weyer-Gruppe 2. Die SPD. behielt von den
12 Sitzen im Arbeiterrat in diesem Jahre 7, von 11 Betriebsräten 6,
während die Opposition statt 7 mit 13 Betriebsräten im Betriebsrat
vertreten sein wird. Im Jahre 1928 erhielten die Liste der Re-
formisten 3634, die Liste der Opposition 2305, die Weyer-Gruppe
666 Stimmen.

**4000 gegen 1800! Zweidrittelmehrheit für die revolutionäre
Opposition**

im größten AEG.-Betrieb! Das ist die Antwort der Arbeiterklasse
auf ein Jahr Koalitionsregierung, auf die Niederlagenstrategie und
den Spaltungs- und Ausschlußkurs der reformistischen Gewerkschafts-
bürokratie! Die Antwort auf Jörgiebls Verbot der Demonstration
am 1. Mai und Orgjeffs Verbot der Demonstration gegen die SPD. und den
KPD. Erst vor wenigen Wochen haben die reformistischen Gewerkschafts-
bürokraten vier Genossen, langjährige Gewerkschaftler und Be-
triebsräte in der AEG. Brunnenstraße aus dem DVB. ausgeschlossen
und eine Reihe von revolutionären Gewerkschaftlern gemarginalisiert.
Aber keine Einschüchterungshefte, keine Verleumdungskampagne, die mit
den demagogischen Mitteln geführt wurde, konnte die katastrophale
Niederlage der sozialdemokratischen Kollaborateure des Trustkapitals
verhindern.

Die Wahlen in dem größten AEG.-Betrieb Berlins haben, ebenso
wie der rote Sieg bei den Wahlen in der Berliner Verkehrs-A.G., die
Richtigkeit der Taktik, die die revolutionäre Gewerkschaftsopposition
unter Führung der kommunistischen Partei befolgte, glänzend be-
stätigt. Insbesondere ist das Ergebnis der AEG. Brunnenstraße
lehrreich, weil der Wahlkampf hier von der SPD. mit der größten
Erbitterung geführt wurde und die Opposition, die Versuche der
Reformisten, die revolutionären Kandidaten durch persönliche Ver-
leumdungen zu diskreditieren, mit der intensivsten politischen Massen-
arbeit beantwortete. Auf der Liste der Opposition standen neben
revolutionären Mitgliedern der freien Gewerkschaften als Spitzen-
kandidaten die aus dem DVB. wegen ihrer revolutionären Arbeit
ausgeschlossen Genossen. Trotz aller Drohungen der Ge-
werkschaftsbürokratie ist man weber von ihrer Aufstellung zurück-
gewichen, noch hat man auf die Abhaltung einer Belegschaftsversam-
lung verzichtet, in der das Kampfprogramm der Opposition vorgelegt
wurde und die Zustimmung der AEG.-Arbeiter fand. Die eigene
Betriebszeitung, das Konzernorgan der revolutionären Opposition in
den AEG.-Betrieben, „Der AEG.-Scheinwerfer“, Flugblätter und zahl-
reiche Arbeiterkorrespondenzen in der „Roten Fahne“ haben die Be-
legschaft über die Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie und der
Partei der Sozialimperialisten über die Forderungen der revolutionä-
ren Opposition, über unsere Linie in der Frage der Eingliederung
der Unorganisierten in die rote Klassenfront aufgeklärt. Mit einem
Wort: es war ein politischer Wahlkampf, ein Auftakt zum 1. Mai
und zu den bevorstehenden Kämpfen in der Berliner Metallindustrie,
eine politische Entscheidung der Belegschaft gegen den Reformismus,
für den revolutionären Klassenkampf.

Dieser überwältigende Sieg wird zweifellos zur Verstärkung der
während der Sozialdemokratie gegen die KPD. und die revolu-
tionäre Gewerkschaftsopposition beitragen. Die faschistischen Diktatur-
gelüste der Schatzmacher, die in der angst- und haßerfüllten Sprache
der „Deutschen Bergwerkszeitung“ und anderer Trustorgane gegen

die Kommunisten zum Ausdruck kommen, werden durch jeden revo-
lutionären Sieg neue Nahrung erhalten. Aber keine Drohung, keine
Verbotsmahnung, kein Belagerungszustand kann den siegreichen
Vormarsch der roten Klassenfront aufhalten. Denn dieser Vormarsch
spiegelt weitgeschichtliche Gesetze wider: die Gesetze von dem unermid-
lichen Untergang des kapitalistischen Systems, er verkündet den Willen
überall die Fähigkeit des Proletariats zum revolutionären Sturz der
Ausbeuterherrschaft zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zum
Aufbau des Sozialismus.

Der 1. Mai dieses Jahres wird im Zeichen derselben Lojungen
stehen, die bei den Betriebsräte wahlen von der revolutionären
Arbeiterklasse aufgestellt wurden. Am 1. Mai werden sich die prole-
tarischen Massen ebenso zum revolutionären Klassenkampf, zur Kom-
munistischen Partei bekennen, wie es bei den Betriebsräte wahlen
überall der Fall war, wo die Klassenfronten mit eiserner Konsequenz
aufgerollt wurden und die Wahlen im klaren Zeichen des Kampfes
für oder gegen den Reformismus, für oder gegen den Klassenkampf
standen. Die Arbeitsruhe und die Massendemonstrationen am 1. Mai
werden den Vormarsch der roten Klassenfront, die durch die Wahl
im größten AEG.-Betrieb angekündigt wurde, in Berlin und im
Reiche fortsetzen und den faschistischen Methoden der Trustbourgeoisie
und ihrer Kollaborateure gegenüber den eisernen Willen der proletari-
schen Millionenfront zu neuen, höheren, entscheidenden Kämpfen befunden.

Roter Betriebsrat in Habelschwerdt

Breslau, 16. April.

Die Arbeiter marschieren nach links. Selbst in den
dümmtesten Winkel der Provinz Schlesien geht eine
gewaltige Linksentwicklung der Arbeitermassen vor-
sch. Überall dort, wo die Partei und revolutionäre Gewerkschafts-
opposition den Kampf um die Führung in den Betrieben
aufnimmt, entscheiden die Arbeiter gegen die Re-
formisten.

Jetzt wird bekannt, daß im Betrieb Kamm & Co. in
Habelschwerdt die revolutionäre Opposition eine eigene Liste
aufgestellt hat, nachdem die Reformisten es wagten, ihr auf der
gemeinsamen Liste nur zwei Sitze anzubieten. Bei der Wahl
erhielt die Liste der revolutionären Opposition zweimal
mehr Stimmen und Sitze im Betriebsrat, als
die Liste der Reformisten. Die Opposition erhielt 4,
die Reformisten nur 2 Sitze.

Dieser Sieg der revolutionären Opposition wird insbeson-
dere unseren Genossen in den ländlichen Orten ein Ansporn
sein, nirgends der Auseinandersetzung mit den
Reformisten auszuweichen. Die Arbeiter marschieren
nach links. Pflicht der kommunistischen Partei und der revolu-
tionären Opposition ist es, sich an die Spitze dieses Marsches
zu stellen.

Scham'oser Mai-Aufruf des AOB- Vorstandes

Für die polizeiliche Unterdrückung der Maidemonstration

AOB- und Aa-Vorstände haben einen gemeinsamen Mai-
aufruf herausgegeben, der den Gipfel vollstiller Schamlosigkeit dar-
stellt. Nach einigen Phrasen über Washingtoner Abkommen und
Völkerbundsabstufung heißt es in dem Schanddokument wörtlich:

„Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und
Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes überlassen bleiben.
Angeheftete Arbeiter! Demonstrieren in würdiger Form! Hier und
da bekennen Verbot der öffentlichen Umzüge. Respektiert
auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu neigt. Die Manifeste,
diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur dürfen
nicht zu Tumulten gemacht werden für uns innerlich und
außerlich fernstehende endausgestiegene Elemente.“

Der AOB-Vorstand treibt also eine freche Geze gegen die
klassenbewußte Arbeiterklasse, rechtfertigt die Demonstrierverbote

und fordert zur polizeilichen Unterdrückung der Maidemonstrationen
auf. Die Sozialimperialisten im Vorstand des AOB. haben so durch
ihren Parteigenossen Jörgiebl das Verbot der Berliner Maidemo-
nstrationen herbeigeführt. Die Huren, die von „Masse-
kultur“ schwärmen, wollen, daß am 1. Mai die rote Fahne der
Revolution aus den Straßen des roten Berlins verschwinden soll.
Arbeiter, antwortet diesen sozialfaschistischen Verrätern! Boh-
tortiert überall die Saalveranstaltungen der Sozialfaschisten!
Demonstrier überall in Massen! Straße frei dem Arbeiter!

Die Radikalisierung der Arbeiterklasse und die Krise in der Sozialdemokratischen Partei (Zum 12. Parteitag der SPD.)

Von grundlegender Bedeutung für eine richtige Taktik der
proletarischen Partei ist die richtige Einschätzung der Lage in
den Arbeitermassen. In Zeiten der Depression, der Stagnation,
des Vorherrschens reformistischer Illusionen kann sich die Partei
durch die Ueberschätzung der Stimmung und des Reifegrades
der Arbeiterklasse von den breiten Massen isolieren, in Zeiten
des Aufschwungs der Massenaktivität entsteht die entgegen-
gesetzte Gefahr, daß die Partei durch den Mangel an Initiative
und Energie, an entschlossenem Willen, sich dem Kampf
zurückzieht und sich dadurch von den Massen trennt.

Absolut unsinnig ist es daher, wenn die Opportunisten
innerhalb und außerhalb der Partei unsere Taktik in den Wirt-
schaftskämpfen, in den Gewerkschaften usw. mit Hilfe eines
Sammelsuriums von Zitaten angreifen, statt von einer Analyse
der Lage im allgemeinen und insbesondere in den arbeitenden
Massen auszugehen.

Die Grundlage der Taktik, die der 6. Weltkongreß be-
schlossen hat, ist die Erkenntnis, daß wir am Anfang eines neuen
revolutionären Aufschwungs stehen, daß die Radikalisierung der
werkstätigen Massen in raschem Tempo voranschreitet, und
daß daher unser Einfluß auf Kosten des reformistischen Ein-
flusses desto rascher wachsen muß, je klarer und offensiver wir
in jeder Frage den Reformisten entgegenreten.

Wir haben eine Linksentwicklung in den Massen nach der
vorübergehenden Stagnation und Passivität, nach der Aera der
demokratisch-pazifistischen Illusion der Jahre 1924 bis 1926,
schon seit längerer Zeit festgestellt. Aber diese Entwicklung voll-
zog sich zunächst in langsamem Tempo und mit Rückschlägen.

Die Maiwahlen 1928 waren ein gewisser Wendepunkt der
Entwicklung, ein Höhepunkt des Masseneinflusses der SPD., der
Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs des kommunistischen
Einflusses auf die Massen. In dieser Weise hat die Mehrheit
der Partei schon damals die Lage eingeschätzt, während die Ver-
söhner der Wahltag der SPD. anstarrten und über das für
die KPD. „unbefriedigende“ Ergebnis jammerten. Die Ueber-
schätzung des Einflusses der SPD., vor allem in der weiteren
Perspektive, kam z. B. deutlich zum Ausdruck in der Rede
A. G. W. auf dem 6. Weltkongreß, in der er sagte:

„Was bedeutet diese neun Millionen Stimmen für die Sozial-
demokratie? Sind sie ein stimmungsmäßiger Erfolg, oder sind sie
aufgebaut auf Organisationen, die im Leben der Arbeiterklasse
Deutschlands traditionell und funktionell noch stark wurzeln? Das
letztere ist der Fall. Die Sozialdemokratie baut diesen Erfolg auf
eine Parteiorganisation mit 800 000 Mitgliedern, einen Partei-
apparat, der mit dem kapitalistischen Staat, Gemeinden, Kom-
munen usw. verbunden ist. Allein diese Tatsache bedeutet eine
größere Form der Organisiertheit im Verhältnis zu den Stimmen,
wie das bei unserer Partei der Fall ist. Aber das allein macht
nicht die Stärke der Sozialdemokratie aus. Denn die Sozialdemo-
kraten beherrschen daneben den gewaltigen Apparat der Gewerkschaften,
beherrschen die Konjunkturgenossenschaften, die Krankenkassen,
alle jene Kulturorganisationen, mit denen sie weit über die Per-
ipherie ihrer Partei hinaus Millionen von Arbeitern ideologisch
dauernd beeinflussen und sie auch organisatorisch zusammenhalten.“

Erweitert also in den 9 Millionen sozialdemokratischen
Wählern und in den etwa 6 Millionen Arbeitern, die durch die
proletarischen Massenorganisationen erfasst werden, einen von
der SPD. dauernd ideologisch und organisatorisch erfaßten Teil
der Arbeiterklasse. In Wirklichkeit ist ein großer Teil dieser
Arbeiter durch die Scheinopposition gegen den Bürgerkrieg für
die SPD. gewonnen worden und wird unermittelterweise
durch die Fortsetzung der Bürgerkriegspolitik in der Form der
Koalitionspolitik von der SPD. abgestoßen.

Der Streit um die Einschätzung des Kräfteverhältnisses in
den Massen und die Tendenz der weiteren Entwicklung ist bereits
schon das Leben entschieden. Die Wirtschaftskämpfe, die Be-
triebsräte wahlen und die fortschreitende Krise in der SPD.

zeigen eindeutig die Abkehr breiter Arbeiterschaft vom Reformismus, ihren Übergang zum revolutionären Klassenkampf.

Von allen großen Arbeitskämpfen des letzten Jahres ist trotz der ungeheuren Massenerwerbslosigkeit kein einziger durch Streikbruch verloren gegangen, obwohl die reformistische Bürokratie durch die Ausdehnung der Unorganisierten, sowohl von der Unterstützung als auch von der Mitbestimmung im Kampfe, bewußt darauf ausgeht, ihre eigene Streikbrechertätigkeit durch Verleumdungen der Unorganisierten zu verdecken.

Die Tatsache, daß alle Niederlagen der Arbeiterschaft in den letzten Kämpfen durch die korrupte reformistische Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie herbeigeführt wurden, während die Massen der unorganisierten Arbeiter in vorbildlicher Klassensolidarität ausblieben, während aus der Masse der Erwerbslosen keine Streikbrecher zu gewinnen waren, das ist für die Einschätzung der Lage in der Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung.

In der Tat darf man das Verhalten der vom Reformismus beeinflussten Arbeiter in der SPD. und in den Gewerkschaften keineswegs als Gradmesser der Stabilisierung der Arbeiterklasse ansehen. Die Auffassung der Versöhler, daß der organisierte Teil der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen, allgemeyn betrachtet, „der beste Teil der Arbeiterschaft“ ist, verkennt vollkommen den Charakter, den die Gewerkschaften unter reformistischer Führung in der gegenwärtigen Periode des niedergehenden Imperialismus annehmen. Gewiß, der fortschrittliche Teil der deutschen Arbeiterklasse, die unter kommunistischem Einfluß stehenden Arbeiter, kämpfen als revolutionäre Opposition innerhalb der Gewerkschaft. Aber neben dieser Vorhut und neben großen Massen von Klassenbewußten Arbeitern, die für den revolutionären Kampf gewonnen werden können und müssen, ist in den Gewerkschaften die durch und durch korrupte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie vertreten. In einer Zeit, wo unter der Führung der „Wirtschaftsdemokratie“ der reformistische Apparat sich immer mehr mit dem Staatsapparat verschmilzt, machen nicht nur die obersten Spitzen des Reformismus, die Koalitionsminister, Polizeipräsidenten usw. die Rechtzentwicklung zum Sozialfaschismus durch, sondern auch eine bestimmte Schicht von reformistischen Funktionären, selbst von Betriebsfunktionären.

Von 700 000 Mitgliedern, die die SPD. etwa besitzen mag (die im Jahrbuch der SPD. für 1928 angegebene Zahl von 937 000 ist offensichtlich schwindelhaft, da nach denselben Angaben bei 700 Mitgliedern nur 38 Wochenbeiträge statt 52 abgerechnet worden sind), sind mindestens 100 000, die als Partei-, Gewerkschafts-, Konsum-, Krankenkassenbögen, als Kommunalvertreter, Regierungsbeamte usw. dem Proletariat völlig entfremdet, von der Bourgeoisie korrumpiert werden. Während bei den kommunistischen Funktionären die ständige Kontrolle und Leitung der Parteiorganisation und die revolutionäre Politik eine Garantie gegen die Korruption darstellen, wirkt umgekehrt bei den reformistischen Funktionären die reformistische Bürokratie durch ihre konterrevolutionäre Politik der Koalition und Wirtschaftsdemokratie als Garantie für die bürgerliche Korruption der SPD.-Funktionäre. Dazu kommt, daß sich um den breiten Kreis der reformistischen Funktionäre, die durch eine kleinbürgerliche Lebensstellung die soziale Frage für sich gelöst haben, ein noch breiterer Kreis von Anwärtern auf solche Posten bildet.

Zwar verliert der niedergebende Imperialismus immer mehr die Möglichkeit zur Herausbildung einer breiten Arbeiteraristokratie aus den qualifizierten Schichten, dafür aber entsteht durch die neue Form der Organisation der Arbeit in den rationalisierten Betrieben eine Schicht korrupter „Mehrerdiener“, in Gestalt von Antreibern, Aufsichtern, Akkordschindlern usw.

Diese Entwicklung erklärt zum Teil die Erscheinung, daß trotz der immer brutaler werdenden konterrevolutionären Politik der reformistischen Führer, trotz der fortschreitenden Krise in der SPD., trotz des steigenden „Hochwahlers“ der proletarischen Opposition, die sozialdemokratischen Arbeiter im allgemeinen hinter den sich radikalisierten Massen zurückbleiben. In erster Linie ist diese Tatsache allerdings auf den Einfluß der „linken“ SPD. zurückzuführen. Die These des Essener

Parteitages, daß die „linken“ Führer des Reformismus die gefährlichsten Feinde des Kommunismus innerhalb der Arbeiterschaft sind, findet gerade in der Entwicklung der letzten Monate die klarste Bestätigung. Gerade jetzt, wo der Gegensatz zwischen der sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Politik der SPD. und den Klasseninteressen des Proletariats besonders klar hervortritt, verstehen es die „linken“ Führer, durch eine besonders skrupellose Propaganda in allen Fragen die „Opposition“ in den Dienst der konterrevolutionären Parteilinie zu stellen. Die „linken“ werden jetzt auch in solchen Bezirken vorgeführt, wo sie früher nicht zu sagen hatten, weil sich die proletarische Opposition in allen Bezirken regt. Der Einfluß der „linken“ Führer muß vor allem gebrochen werden, damit es nicht mehr vorkommt, daß dieselben Arbeiter, die in den Parteiversammlungen der SPD. gegen den Sozialimperialismus und die Koalitionspolitik oft mit der größten Schärfe

austreten, in den Betrieben und Gewerkschaften im Dienste der Koalitionspolitik den Kampf gegen die Kommunisten führen.

Der Kampf zwischen Kommunismus und Reformismus um die Mehrheit der Arbeiterschaft ist in ein entscheidendes Stadium getreten. In wichtigsten Bezirken, in wichtigsten Betrieben hat sich die Mehrheit der Arbeiterschaft gegen den Reformismus, für den Kommunismus entschieden. Bourgeoisie und Reformismus greifen zu neuen provokatorischen Unterdrückungsmassnahmen, um die revolutionäre Partei von den Massen zu trennen. Sie haben keine Hoffnung mehr, durch Zugeständnisse, an die Massen das weitere Fortschreiten der Radikalisierung aufzuhalten. Die Partei muß das wachsende Vertrauen der Massen rechtfertigen und dadurch steigern, daß sie klug und entschlossen an der Spitze der kampfbereiten Massen die Führung übernimmt in den großen Massenschlachten, denen wir entgegengehen.

Anklage Jörgiebels gegen ein SPD.-Blatt?

Beil es seine Methoden idiotisch nannte!

(Fig. Bericht.) Berlin, 15. April.
Die Berliner „M. Z.“ erhält von vertrauenswürdigster Seite folgende Mitteilung: Das „Sächsische Volksblatt“, ein linkes SPD.-Blatt, hatte bemitleidlich am vergangenen Freitag die Meldung des Sächsischen Telegraphenbüros über eine Demonstration revolutionärer Arbeiter am Marktplatz in Berlin und die dabei erfolgten Zusammenstöße mit der Leibwache der Polizei, als „Bericht“ in den „M. Z.“ mit dem Titel: „Der Lagezustand in Berlin und seine Resultate“ und folgenden Kommentar hinzugefügt:

„Es ist geradezu idiotisch, einen Zug von Lage und Schreibe 400 mit Abzeichen „bewaffneten“ Leuten als Gefährdung Berlins anzusehen.“

In den höheren Kreisen des Berliner Polizeipräsidiums hat diese Stellungnahme des „Sächsischen Volksblatts“ heftige Verurteilung hervorgerufen. Noch im Laufe des Sonnabends wünschtes verschiedene höhere Polizeifunktionäre ein gerichtliches Vorgehen gegen das SPD.-Blatt, da ja der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel auch gegen die

kommunistische Presse bei jeder möglichen und unermöglichen Gelegenheit mit Anzeigen, Strafanträgen und Beschuldigungsprozessen vorgehen würde. Er dürfe deshalb auch die Bezeichnung „idiotisch“ eines SPD.-Blattes auf sich und dem Berliner Polizeipräsidium nicht sitzen lassen. Es wurde darauf verwiesen, daß Jörgiebel in der vergangenen Woche androhte, gegen sämtliche Zeitungen vorzugehen, die die Werbung annahmen, daß die aus der Untersuchungsphase entlassenen Gebrüder Saß in der Untersuchungsphase schwer mißhandelt und gefoltert worden seien.

Jörgiebel ist durch die Wünsche seiner höheren Mitarbeiter im außerordentlichen Verlegenheit geraten. Ein solcher Prozeß gegen ein Parteiblatt Jörgiebels würde in den proletarischen Mittelebenen der SPD. ungeheure Empörung auslösen. Andererseits läßt sich Jörgiebel von seinen sächsischen Parteifreunden auch nicht gerade gern „idiotisch“ Methoden vorkommen.

Zur Befähigung hat Herr Jörgiebel auf die besondere Rolle der „linken“ SPD.-Führer in Sachen hingewiesen, deren konträre Rolle in der Presse und Veramlungsagitation nicht als ernstgemeint bewertet werden müsse. Es handle sich nur um die notwendige Agitation zu den sächsischen Landtagswahlen. Man müsse dem Wahlkampf Rechnung tragen. In der Praxis gebe es keine Unterschiede zwischen den sächsischen sozialdemokratischen Führern und den Reichsführern. Der sächsische „linke Himmel“ sei die beste Barriere gegen den Kommunismus.

Es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, welche Entscheidungen das Berliner Polizeipräsidium gegenüber dem „Sächsischen Volksblatt“ treffen wird. Die Arbeiterschaft aber hat ein Recht darauf, zu erfahren, ob Jörgiebel es wirklich wagen wird, ein SPD.-Blatt zu verklagen, weil es seine Methoden — und sei es nur als Wahlpropaganda — „idiotisch“ nannte.

Genfer Abrüstungstheater eröffnet!

Die Genfer Abrüstungskonferenz ist eröffnet. Den ganzen Schwindel dieser Abrüstungskonferenz charakterisierte gleich einleitend der Präsident Loubon, indem er die öffentliche Meinung darauf hinwies, sich gar keine Illusionen darüber zu machen, daß diese Konferenz etwa deshalb jetzt stattfindet, weil der Augenblick der Tat gekommen sei. Davon sei gar keine Rede.

Die zweite Internationale verurteilt, daß 7500 Rüstungen zur Abrüstungsfrage aus 21 Ländern an den Völkerbund gerichtet worden sind, darunter auch Kirchengemeinden. Was für einen Wert der Völkerbund diesen Resolutionen beimigt, geht aus einer ironischen Bemerkung des Präsidenten Loubon hervor, der auf den 1/4 Meter hohen Stapel von Briefen aufmerksam machte.

Der Sinn dieser Abrüstungskonferenz ist noch durch einen anderen recht bemerkenswerten Zwischenfall charakterisiert. Der Präsident der Konferenz verlas ein Schreiben des Internationalen Fliegerverbandes, in dem auf die Sinnlosigkeit und Barbare der Luftangriffe hingewiesen wird, und daß die überwiegende Mehrheit der Flieger sich lieber als Vermittler zwischen den Völkern betrachten wollen, statt als Genfer der Völker. Schon allein diese Verlesung verurteilt den englischen Delegierten Lord Cushendun so in Erregung, daß er einen geharnischten Protest gegen die Verlesung derartiger Schreiben einbrachte!

Vom Tage

11. Paris, 15. April. Die heutige Vollversammlung der Sachverständigen hat nicht, wie vielfach erwartet wurde, zu einem Abschluß der Verhandlungen geführt. Man hat sich vielmehr entschlossen, für Dienstag vormittag 11 Uhr eine neue Sitzung anzusetzen, in der die Aussprüche über die Forderungen der Alliierten fortgesetzt werden soll.

Am Montag haben sich in Neustrelitz die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, der Deutsche Bauernbund, die Volksrechtspartei und die Partei für Handwerk und Gewerbe zu einer Koalition zusammengeschlossen, die mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Volkslichen und der kommunistischen sämtlichen Parteien des Landtages enthält. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Staatsminister stellen, die übrigen unter der Führung der Volkspartei und der Demokraten zusammengeschlossenen Parteien werden dem Minister zwei „parlamentarische Ministerialdirektoren“ beordnen.

Am Montagvormittag trat der Hauhaitsauschuß des Reichstages zusammen, um die Beratung des Haushaltes für 1929 zu beginnen. Nach einer Geschäftsordnungsansprache wurde beschlossen, vorher in eine allgemeine Aussprache einzutreten, für die die Redezeit für jede Fraktion auf zehn Minuten (!) festgesetzt wurde. (Bericht über die Verhandlungen folgt.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Truppen Aman Ullahs größere Erfolge zu verzeichnen. Die Kavallerie besetzte die Stadt Ghasni. Von hier rücken die Truppen Aman Ullahs in zwei Richtungen auf Kabul vor.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Chinesen das englische Kriegsschiff „Luzon“, das den Fluß Tschang herunterfuhr, mit Geschützfeuer belegten. Drei Seeleute wurden verwundet.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG
Roman aus dem Kapp-Putsch
Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolf Rahl. 12

„Zwei Kompanien Arbeiterwehr beschlossene — hm, das weiß ich schon seit sechs Uhr. — Bewaffnung noch nicht fertig — so etwas wollen wir das gar nicht wissen. — Verbindung noch außerhalb aufgenommen — das kann ich mir allein denken. — Führer ein oberer österreichischer Offizier? — Wenn das man kein Russe ist? Aber Namen nennt ihre Gewährsperson ebensowenig wie genaue Details. Das scheint mir keine fünfhundert Mark wert“, sagte er, Kahlenlamp schamlos lächelnd.

„Verzeihung, Namen werden auch genannt, allerdings aus wenig erfreulichem Anlaß“, bemerkte der Offizier, ein anderes Blatt überreichend.

„Was?“

Der Offizier schrie so erschrocken auf, daß alle Anwesenden zumamentachten. Das ist ja doch — ja, da sind wir ja keinen Augenblick untes Lebens sicher!

„Was gibt es denn, was ist denn passiert?“ fragte Buchterfischer mit angeblich ruhiger Stimme.

Der Oberst lachte höhnisch auf. „Das also ist Ihr wunderbarer Nachrichtenapparat, über den soviel Besen gemacht wurde? Einen Fied ist er wert, wenn so etwas möglich ist! Wenn der Aktionsauschuß der Roten fortwährend über uns Informationen erhält, wenn nicht nur die Einwohnerwehrliste, sondern auch Waffenbesitzverzeichnisse werden. Das sind Ihre Augenhelden, Herr Offizier — lassen sich mit russischen Korbels bestechen!“

„Verzeihen Sie, Herr Oberst, ich übernahm diesen Posten erst drei Wochen vor zwei Tagen, ich selber bin auf das höchste übermüdet“, verteidigte sich Kahlenlamp etwas kleinlaut.

„Und wer hatte vorher den Nachrichtenendienst? Sofort muß der betreffende Rede und Antwort stehen!“

Kahlenlamp blinzelte sich hilflos um, aber Augenblicks Kahlenlamp kam ihm mit der Antwort zuvor.

„Die Zeit also, hm — die kenne ich auch, sonst ja ein sehr vorzügliches und überlegenes Frauenzimmer, aber — kenne Sie denn

den Herr, dieses Feilchen, dieses insame Schwein?“ fragte der Oberst, dessen Gesicht einen granaterregenden Anblick bot.

„Fräulein Jenk könnte über ihn am besten Auskunft geben. Sie hat ihn während ihrer Volontariatzeit bei Flakner geworben, aber sie ist noch nicht von Düsseldorf zurück. Ich kenne ihn nur oberflächlich, ein junger Mensch von vielleicht zwanzig Jahren. Mir kam er, offen gestanden, von Anfang an nicht geheimer vor, da er mir in alles zu eifrig seine Nase steckte“, antwortete der Bergschleifer.

„Und falsche Nachrichten über die Roten haben wir auch erhalten — wird hier angegeben. Nun, das haben wir schon selber zur Genüge bemerkt. Was jetzt weiß man es, wo sie herkommen, Firma Kahlenlamp und Jenk“, höhnte Kahlenlamp, der weitergelesen hatte und gegen Kahlenlamp sowieso eine innere Abneigung hegte.

„Nun, was das anbetrifft, Herr Kahlenlamp, da darf ich bloß an Ihre Einwohnerwehr mit der Angst vor den Rüstwerkzeugen erinnern, die die Arbeiter angeblich in ihren Kiojettis versteckt halten. Das kam aber aus der Firma Kahlenlamp und Jenk. Kummera Sie sich nur etwas besser um Ihre Leute! Was die da heute nachmittag für Dummheiten auf dem Hindenburgplatz anstellten, das ist einfach halbnötig. Wenn die Arbeiter den Schwindel nicht sofort durchschaut hätten, wären sie vielleicht dem Räte Ihrer Provostateure gefolgt und hätten die Willen gestärkt. Ich glaube, eine der ersten wäre diese hier gewesen, was uns wohl ein bißel ungelegen gekommen wäre. Sie sehen also lieber Kahlenlamp, so ganz ohne zuverlässige Späher sind wir doch gerade nicht“, gab Kahlenlamp spitzig zurück.

„Sie werden beleidigt!“

„Ich stehe zu Ihrer Verfügung!“

Buchterfischer legte sich ins Mittel.

„Keinen Streit, meine Herren, um Gottes willen, nur das jetzt nicht! Wir müssen ruhig Blut behalten. Fehler kann ja jeder machen, und in der Aufregung fallen auch mal Worte, die nicht so genau zu nehmen sind. Vor allem müßte dieser Mensch, der uns verrät, hohllert werden.“

„Das können Herr Direktor dem Kargard-Bund überlassen, der solche nun leider mal nicht auszurechtende Fälle in seiner Verfassung wohl vorgehoren hat“, sagte Kahlenlamp und seine wässrigen Augen kneteten hoch.

Alle Blicke jetzt auf den Oberst, der sich erhoben hatte.

„Also, meine Herren, um es kurz zusammenzufassen“, begann er langsam und mit Betonung jedes einzelnen Wortes. „Nach dem heute nachmittag erhaltenen Junispruch scheinen sich die Dinge überall

so anzupöhen, daß man möglicherweise das ganze Gebiet zwischen Ruhr und Lippe preisgeben muß. Was sich in Wetter und Herbede ereignete“ — er blickte auf den blutlosen Lippen herum — „jedenfalls hat kein Mensch damit gerechnet, daß der Pöbel soviel Courage haben würde. Aber das bringt den Stein ins Rollen und schafft uns die Möglichkeit, endlich einmal gründlich — ganz gründlich — auszulernen.“

„Auch in Ewertrop?“ fragte Buchterfischer lauernd — sein Spitzbart zitterte sichtbar.

„Auch in Ewertrop, und hier ganz besonders, meine Herren“, betätigte der Offizier. „Dieser Prozeß wird gar nicht so lange auf sich warten lassen. Truppen und Freiwillige haben wir genug, auch die entsprechenden Waffen. Es ist nur noch zurecht notwendig, erstens, daß der Generalstreik ausföhrt und wir die Eisenbahnen benutzen können, zweitens, daß die Entente uns erlaubt, in die 50-Kilometer-Zone einzubringen. Für beide Voraussetzungen sind — das glaube ich sagen zu dürfen — die Hoffnungen nicht ungünstig. Die Herren Rechtssozialisten kriegen nämlich schon selber Angst vor den Gestirn, die sie gerufen. Regierungskommissar Mehlisch z. B. hat öffentlich erklärt, daß die selbständige Bewaffnung der Arbeiter unzulässig sei und deshalb Militär ins Industriegelände müsse. Seine radikalsten Brüder von links denken darüber natürlich ganz anders, und so glaube ich, daß dieser Punkt die Herrschaften sehr schnell wieder vernünftigen wird. Meine Anwesenheit hat unter diesen Umständen hier keinen Wert mehr. Ihre Aufgabe kann jetzt nur darin bestehen, Ihren Nachrichtenapparat zu reinigen, um uns laufend gute Informationen zu geben. Die Ausstreumung von Gerüchten und Vermutungen ist natürlich ebenfalls geeignet, unsere Aufgabe zu erleichtern. Und dann vor allem noch eins. Sie kennen die Hauptunruheherde, meine Herren. Stellen Sie uns eine zuverlässige Liste zusammen, denn diesmal werden wir dieser Revolutionshydra ein für allemal den Kopf abschlagen.“

Für die Liste werde ich sorgen, da können Sie sich drauf verlassen“, kirschte Direktor Buchterfischer, und dann geleitete er seinen Gast persönlich die dunkle Treppe hinunter bis an die bewußte Leiter.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den drittlichen Teil: Anton Dombrowski, für „Vertrieb und Verkauf“ und „Waldenburg“: Wilhelm Biebow, für „Besiedlung“: „Grill“ und für die übrigen Zeitungen: Alfred Thymann, sämtlich in Dresden. — Für den oberirdischen Teil: Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate: B. Gerber-Beslau.

Schlesische Textilarbeiter, verhindert ein Schlichtungsdiktat

Der Reallohn sinkt — Die Profite steigen — Auch der Manteltarif gekündigt — Hi:weg mit der Dunkelkammerpolitik der Gewerkschaftsführer

Das verräterische Spiel der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer in den bisherigen Lohnbewegungen der Textilarbeiter hat die übermäßig gewordenen Textilbarone Schlesiens veranlaßt, auf Befehl ihrer Scharfmacherzentrale sämtliche Lohnsätze zu kündigen. Was beabsichtigen die Scharfmacher in der schlesischen Textilindustrie? Sind ihnen die Hungerlöhne noch nicht niedrig genug? Ist die Ausbeutung in den schlesischen Textilhöfen nicht in den letzten Jahren bis aufs höchste gestiegen? Soll das schlesische Textilarbeiterelend, das heute genau so ungeheuerlich wie vor achtzig Jahren ist, durch ein neues Schanddiktat noch mehr auf die Spitze getrieben werden?

Textilarbeiter, höchste Gefahr ist im Verzuge!

Augen auf! Erkennt die ungeheure Gefahr, in die ihr durch die reformistische und christliche Nebelstrategie geführt werdet!

Die „mitleidenden“ Textilgewaltigen wollen die bisherigen Hungerlöhne bis zum Jahre 1931 durch ein neues Schlichtungsdiktat festlegen lassen,

während sich die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Zoll- und Steuerpolitik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung von Monat zu Monat verschlechtert, will man die schlesischen Textilarbeiter durch einen neuen Schiedspruch für die nächsten zwei Jahre auf die heute bestehenden Hungerlöhne festlegen. Die Behauptungen der Textilgewaltigen, der Dierig und Kumpans, daß die deutsche Textilindustrie infolge der „hohen“ Löhne wettbewerbsunfähig auf dem Weltmarkt ist, sind eine bewusste Irreführung.

Die Textilausfuhr ist von Jahr zu Jahr gestiegen

Die schamlos niedrigen Löhne der Textilarbeiterchaft haben den Textilbaronen in den letzten Jahren kolossale Ausfuhrerlöse gebracht, die durch verschärfte Ausbeutung in den kommenden Monaten noch gesteigert werden sollen. Die Produktionswerte der deutschen Textilindustrie sind nach dem Konjunkturforschungsinstitut in Milliarden Mark folgendermaßen gestiegen:

1918	1924	1925	1926	1927	1928
4,98	7,00	8,83	6,89	9,38	8,56

Auch die monatlich durchschnittliche Ausfuhr von Textilprodukten, Fertigwaren, Rohstoffen und Geweben stieg in Millionen Mark von Jahr zu Jahr:

1924	1925	1926	1927	1928
81	91	94	152,5	168,9

Die Behauptungen der Textilbarone, daß die deutsche Textilausfuhr durch die „hohen“ Löhne unmöglich gemacht wird, sind durch die amtlichen statistischen Zahlen schon längst widerlegt. Auch die Einfuhr von ausländischen Textilprodukten ist trotz gegenteiliger Behauptung der Textilunternehmer und ihrer Presse in den letzten Jahren zurückgegangen. Das Nachlassen der Hochkonjunktur in der deutschen Textilindustrie ist auf das Zurückgehen des Inlandsabsatzes zurückzuführen. Durch verstärkte Ausfuhr auf Kosten der Löhne der Textilarbeiter wollen die Textilbarone den fehlenden Inlandsabatz wieder weitmachen, um ihre Ausfuhrerlöse wie bisher einheimisen zu können.

Die „hohen“ Löhne in der Textilindustrie

Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes werden in den deutschen Industriegruppen folgende tarifmäßigen Stunden- und Wochenlöhne gezahlt:

Textilindustrie	Gelernte:		Ungelernte:	
	Stundenlöhne	Wochenlöhne	Stundenlöhne	Wochenlöhne
Textilindustrie				
männlich	76,7	36,82	64,3	30,86
weiblich	56,2	26,98	45,0	21,60
Bergbau	121,1	58,14	75,5	41,22
Metallindustrie	102,8	50,42	84,7	40,86
Chem. Industrie	101,0	48,48	84,7	40,86
Baugewerbe	129,3	61,80	106,4	50,81
Holzgewerbe	113,6	58,99	98,1	46,61
Papierzeugung	82,1	39,41	78,7	38,38
Buchdruckgewerbe	111,9	53,72	97,4	46,76
Bräunindustrie	121,0	58,10	107,8	51,74
Nahrungsm.-Ind.	96,2	46,18	83,1	39,89
Rationmagen-Ind.	88,6	42,53	75,0	36,—

In der schlesischen Textilindustrie verdienen selbst bei der größten Allforderschinderei die Textilarbeiter und -arbeiterinnen nicht einmal diese Durchschnittshungerlöhne. Das Elend in den schlesischen Textilgebieten ist so schamlos, daß selbst die Befürworter der reformistischen Lohn- und Tarifpolitik feststellen müssen, daß die Not in den Textilgebieten noch grauenvoller ist als wie im Waldenburger Bergarbeiter-Hungerbezirk. Und das will bestimmt schon etwas heißen. Die schlesischen Textilarbeiter stehen mit ihren Löhnen an letzter Stelle in ganz Deutschland. 58 Pfennig Stundenlohn für Männer, 42 Pfennig für Frauen in der Spitze werden gezahlt. Selbst bei der Allfordarbeit verdient ein großer Teil der Allfordarbeiter nicht einmal den Tariflohn. Die fortwährenden Allfordlürzungen bei der Einführung neuer Artikel haben die katastrophale Lage der Arbeiter in den letzten Monaten immer mehr verschlimmert.

Erhöhung der Arbeitsleistung

Trotz dieser buchstäblichen Hungerlöhne wird die Arbeitskraft der Arbeiter von den Unternehmern immer schärfer ausgebeutet. Die Schinderei in den Betrieben ist kaum zu beschreiben. Während man einen Teil der Arbeiterchaft auf das Straßenpflaster wirft, zwingt man den anderen das Drei- und Vier-Stuhl-System auf. Brutal und rücksichtslos zwingt man die Frauen, an den schweren Jacquard-Stühlen, die früher nur von Männern bedient wurden, zu arbeiten. Die Zahl der zu bedienenden Spindeln in den Spinnereien wird von Monat zu Monat systematisch gesteigert. Ungeheuerlich werden die Zelllohnarbeiter in den Färbereien und Veredlungsbetrieben angetrieben. Geschickt spielen die Unternehmer die Handwerker durch die vielen Staffellungen der Leistungszulagen gegeneinander aus. Die Frauen und die Jugendlichen haben besonders unter der maßlosen Ausbeutung zu leiden. In einigen Bezirken bekommen die Frauen, trotz gleicher Arbeit und Leistung wie die Männer, weniger Lohn als dieselben. Die Jugendlichen wiederum erhalten ihrerseits in verschiedenen Bezirken bei Allfordarbeit, trotz gleicher Arbeit und Leistung wie die Frauen und Männer, einen geringeren Lohn als dieselben. Raffiniert gehen die Unternehmer die Arbeiter durch die

unterschiedliche Bezahlung gegeneinander auf. Es ist die Aufgabe der Textilarbeiterchaft, mit diesen Zuständen endlich einmal radikal aufzuräumen.

Gesteigerte Lebenshaltungs-Kosten

Während die Profite der Unternehmer in den letzten Jahren kolossal gestiegen sind, die Textilindustrie zahlte eine Durchschnittsbilddende von 9,8 Prozent, und dabei muß man berücksichtigen, daß die Dividende nur der Teil des Gewinnes ist, der nicht mehr zu versteuern geht, ist der Reallohn der Arbeiter von Monat zu Monat gesunken. Die Textilarbeiter stehen heute genau so elend da, wie nach dem letzten Schiedspruch im Mai 1928. Die Zucker-, Zoll- und Steuerpolitik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung bringt eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen für die breiten Arbeitermassen. Die Verteuerung der Mieten und das Steigen der wichtigsten Bedarfsartikel wird die Lage der Textilarbeiter noch außerordentlich verschlechtern. Deshalb muß unter allen Umständen eine Verbesserung des elenden, niedrigen Lohnniveaus durchgeführt werden. Gleichzeitig müssen sich aber die Textilarbeiter klar sein, daß nur durch die Beseitigung der heutigen kapitalistischen Ausbeutergesellschaft ihre Lage entscheidend gebessert werden kann.

Die Rolle der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer

Niederträchtig und schmutzig war die Haltung der sozialdemokratischen, christlichen und Kirch-Bünderischen Gewerkschaftsführer in den letzten Lohnkämpfen der Textilarbeiter. Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“, stellte in der Nummer 45 vom Jahre 1928 fest:

„Dabei müssen wir ausdrücklich bekämpfen, daß diese schlechten Löhne der Arbeiterschaft durch die Schlichtungsinstanzen aufgezwungen worden sind.“

Aber gerade sie waren es ja, die in den letzten Jahren immer wieder von dem sozial fortschrittlichen Schlichtungsstellen gefestigt haben. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Schlichtern haben sie alle Kämpfe der Arbeiter abgewürgt. Arbeiterfeindlich war besonders die Haltung der sozialdemokratischen Schlichter und ihres Chefs, des Reichsarbeitsministers „Dr.“ Bissell. Der Schlichter Kumpans, ehemaliger Gewerkschaftsbeamter, heute noch ein ehrenwertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hat für die sächsisch-thüringischen und für die Lausitzer Textilarbeiter einen Schiedspruch gefällt, der den Unternehmern die Möglichkeit gibt, die Arbeiter bis zu sechzig Stunden in der Woche auszubeuten. „Der Textilarbeiter“, der es nicht gewagt hat, den Arbeitern mitzuteilen, daß der Schlichter Kumpans ein Sozialdemokrat ist, hat den Schiedspruch in Nummer 31 folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der Schiedspruch muß als erzreaktionär und ausgesprochen arbeiterfeindlich bezeichnet werden.“

Ihre Bettelei bei Bissell, diesen Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären, hat nichts gefruchtet. Der Sozialdemokrat Bissell hat diesen Schiedspruch, trotz des arbeiterfeindlichen Charakters, im Auftrage der Textilbarone für verbindlich erklärt. Standobals waren die Lohnschiedsprüche der sozialdemokratischen Schlichter für die Textilarbeiter in allen Tarifgebieten. Textilarbeiter Schlesiens! Seid wachsam! Legt den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und den Schlichtern das schmutzige Handwerk. Erinnert euch der handobalsen Schiedsprüche des „neutralen“ Schiedsgerichts. Auch eure Interessen will man durch die Schlichtungsmaschine im Interesse der Textilgewaltigen wieder vertupfeln. Einen elenden Schiedspruch, den man euch vorsetzen wird, wird man von seiten der Gewerkschaftsführer wieder als „prinzipiellen Erfolg“ bezeichnen. Diesem Standobal müßt ihr endlich ein Ende machen.

Eure Lohnbewegung darf nicht wieder zu einer elenden Komödie vor den Schlichtungsinstanzen gemacht werden.

Ohne euch zu fragen, haben die Gewerkschaftsführer die Forderungen eingereicht. Das Mit- und Bestimmungsrecht der Arbeiter im Deutschen Textilarbeiterverband ist von einer Clique von Bürokraten



Unser die Heimat!

Den herbstlich goldenen Schein der Weinreben kennt auch die schlesische Heimat. — Flamen sollen im frühen Mittelalter den Weinbau nach Schlesien gebracht haben. Um 1201 bereits erwähnt man Weinberge um Trebnitz, bei Oels, bei Löwenberg und bei Grünberg. Namentlich Grünberg vermag durch Jahrhunderte mit gesegneten Weineraten aufzuwarten. — Schon um 1327 ist Grünberger Wein Ausfuhrartikel und 1472 kostet dort ein Viertel Wein nur 6 Pfennige. 1826 erhebt in Grünberg eine Champagner-Fabrik, die älteste in deutsches Lande.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß
RARITÄT 4pf
die Cigarette des Schlesiens!
o. Mdat. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

erfüllt worden. Textilarbeiter, dabei es nicht länger, das auch eine Handvoll Arbeiterinnen bildet.

Recht Stellung in den Betrieben und Verbandsvertretungen zu der Forderung des Lohn- und Manteltarifs.

Räumt auf mit der Geheimdiplomatie der Gewerkschaftsdirigenten. Organisiert euren Kampf. Seht euch klar, das nur durch einen Streik die elenden Löhne ausgedehnt werden können. Ob freigezwungen, ob durch die Kraft der Dunderschlag organisiert, bildet in den Betrieben die Einheitsfront.

Wählt euch jetzt schon Kampfausschüsse,

in die organisatorischen Vorbereitungen zu einer Auseinandersetzung mit den Textilgewaltigen zu treffen. Mobilisiert den letzten Textilarbeiter! Stellt euch hinter die Forderungen der Opposition!

16 Pfennig Erhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen pro Stunde!

Erhöhung des Akkordlohnfußes auf 30 Prozent!

Für Jugendliche und Frauen bei gleicher Arbeit gleicher Lohn!

Beitragung der vielen Stellungen bei der Leistungslage für die Handwerker!

Unabhängige Leistungslagen von 15 bis 20 Prozent für alle Handwerker!

Sicherung der tariflichen Bezahlung!

Abschaffung des Drei- und Vierstufig-Systems!

Verbot der Schichtarbeit für die verheirateten Frauen!

Bezahlung der Schulzeit für die Jugendlichen durch die Unternehmer!

Neun Tage Mindesturlaub für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin!

Bezahlung dieses Urlaubs nach dem Durchschnittsverdienst der letzten sechs Wochen!

Arbeiter, die zur Entlassung kommen, müssen unbedingt ihren Urlaub erhalten!

Verkürzung des Achtstundentages bzw. der 45-Stunden-Woche!

Textilarbeiter und -arbeiterinnen! Macht Sturm in den Betrieben! Bringt die Massen auf die Beine! Verlasst euch nur auf eure Kraft! Weiterverharren in Passivität bedeutet eure Niederlage! Aus den Betrieben heraus bildet die einheitliche Kampffront! In jedem Betrieb schafft euch eine Kampfleitung! Einleite in den Deutschen Textilarbeiterverband! Schart euch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei!

Kampf gegen die reformistischen und christlichen Führer, die ihrer Koalition mit dem Trübsalpalast der Lebensinteressen des Proletariats opfern. Kein „Schiedsgericht“ hilft euch! Lohnfragen sind Machtfragen!

Entschlossener Wille, eure Forderungen im Kampf durchzusetzen, das ist die einzige Rettung vor weiterer Verelendung, das ist der einzige Weg zum Siege!

Un unsere Bruderpartei in Pilsudski-Polen!

Der Bezirksparteitag Oberschlesien der SPD beschloß gestern einstimmig, folgendes Begrüßungsschreiben an unsere polnische Bruderpartei zu senden:

Der Parteitag der SPD, Bezirk Oberschlesien erwidert der kommunistischen Partei Polens heiße revolutionäre Kampfgrüße. Mit Bewunderung und Stolz verfolgen wir den heroischen Kampf unserer polnischen Bruderpartei gegen die faschistische Diktatur Pilsudskis. Euer Kampf ist besonders hart, weil der polnische Imperialismus der vorgezogene Posten des englisch-französischen Imperialistenblocks, dem sich jetzt auch der deutsche Imperialismus angeschlossen hat, im Kampf gegen die Sowjetunion, den allerwertigsten aller Weltkriege gegen die Sowjetunion nur beginnen können, wenn das Proletariat und die werktätigen Bauernmassen niedergeschlagen und der revolutionären Führung, der kommunistischen Partei beraubt sind. Aus diesem Grunde führt die polnische Bourgeoisie ihren Vernichtungskrieg gegen euch, aus diesem Grunde sind Tausende eurer besten Kämpfer in den Gefängnissen und Zuchthäusern des polnischen Faschismus, werden eure besten Genossen getötet und ermordet.

Die Rolle der polnischen Sozialdemokratie, die die der Arbeiter für die Bourgeoisie und eines Heines am Proletariat ist, erfüllt alle Klassenbewußten Arbeiter mit Wut. Die polnische Sozialdemokratie ist wie die deutsche Sozialdemokratie der Wegbereiter des Faschismus und des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Genossen! Die Kämpfe der polnischen Arbeiter, der Streik der Textilarbeiter in Lodz, die Empörung der Kleinbauernlichen Massen gegen den polnischen Imperialismus beweisen uns, daß ihr allen Terror und Verfolgungen zum Trotz auf dem Posten steht. Es wird den Henkern Pilsudskis nicht gelingen, die Avantgarde des polnischen Proletariats, die kommunistische Partei Polens, zu vernichten. Es wird den vereinigten Anstrengungen der Imperialisten nicht gelingen, den 7. November 1917 aus der Geschichte auszulöschen. Die Arbeiter Polens, Deutschlands und der ganzen Welt werden unter der Führung der kommunistischen Parteien den Sieg erringen und die rote Fahne der Revolution über den ganzen Erdball tragen!

Wir begrüßen euch Genossen in den Kerkerhöhlen des polnischen Faschismus! Wir senden unsere Frauen an den Gräbern der von dem Faschismus gemordeten Soldaten des polnischen Proletariats. Wir geloben in dieser Stunde, unsere ganze Kraft einzusetzen, euch in eurem schweren Kampf zu unterstützen, unseren Kampfwillen mit der SPD zu vereinen und nicht eher zu ruhen, bis die Herrschaft der kriegerischen Bourgeoisie in Polen und in Deutschland gestürzt ist, die Grenzpfähle, die die Bourgeoisie errichtet, niedergedrückt sind und über die Erde das Banner des Proletariats mit dem Zeichen der Arbeit, Hammer und Sichel, weht!

(Der Bericht vom Bezirksparteitag kann bei Raummangel wegen erst morgen veröffentlicht werden.)

Statt Kampf - Spaltung

Den Lohnkampf organisieren die reformistischen Führer des Einheitsverbandes nicht - Desto eifriger schließen sie oppositionelle Kollegen aus

Der oppositionelle Kollege Scholz, Breslau, im Einheitsverband der Eisenbahner, ist als Kandidat zum Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn auf der Liste der revolutionären Opposition aufgestellt worden. Raum war die Vorschlagsliste der revolutionären Opposition in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht, erhielt Genosse Scholz von der reformistischen Ortsverwaltung Breslau des Einheitsverbandes folgendes Schreiben:

„Entgegen den Beschlüssen der Verbandstage und des Reichsbetriebsrats-Kongresses unserer Organisation kandidierst Du auf einer Sonderliste: Vorschlagsliste, Kennwort: Revolutionäre Opposition (Einheitsliste der Eisenbahner) zur Wahl des Hauptbetriebsrates.“

Wir ersuchen Dich, bis zum 18. d. M. der Ortsverwaltung mitzuteilen, ob Du gewillt bist, die Streichung Deiner Kandidatur auf dieser Liste beim Hauptwahlvorstand in Berlin, Vorsitzender Kollege Schaffer, zu beantragen.

Solltest Du nicht gewillt sein, diesen Antrag zu stellen, so ersuchen wir Dich, unverzüglich Dein Mitgliedsbuch der Ortsverwaltung

einzuwenden, da Deine Kandidatur auf einer Sonderliste gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge verstößt und den Ausschluß aus der Organisation zur Folge hat.“

Die Reformisten sehen den rapid wachsenden Einfluß der revolutionären Opposition — die Ergebnisse der Betriebsratswahlen legen ein bereites Zeugnis davon ab — und greifen in ihrer Panikklammerung zu Verzweiflungsmaßnahmen. Ultimativ erklären sie: Wer nicht pariert — fliegt. Die revolutionäre Opposition wird sich durch solche Maßnahmen nicht von ihrem Wege abbringen lassen. Sie weiß, daß der Einfluß auf die Masse wichtiger ist, als das Verbandsbuch. Sie weiß, daß man nicht kapitulieren darf, daß es notwendig ist, energischer denn je die Arbeiter in allen Verbänden, in allen Betrieben unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei zu sammeln, um den verabschiedeten Einfluß der Reformisten endgültig zu brechen.

Selbstverständlich wird Kollege Scholz seine Kandidatur auf der Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat nicht zurückziehen. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß jeder Eisenbahner den Reformisten den verdienten Fuhtritt geben und die Einheitsliste der revolutionären Opposition wählen muß.

Die werktätige Frau

An die Textilarbeiterinnen!

Die schlechtesten Textilarbeiterinnen haben den bestehenden Hungerlohnempfänger gefordert und fordern Lohn a b u a.

Der Tarif läuft am 30. April ab.

In allen Textilbetrieben Schlesiens müssen die Arbeiterinnen Schulter an Schulter mit den Männern zum Kampf rufen, denn ohne Kampf kann der treue Angriff der Unternehmer nicht abgewehrt werden.

Ohne Kampf wird es keine Lohnerhöhung geben.

Textilarbeiterin, teile uns deine Ansicht mit über die Situation in der Textilindustrie und die notwendigen Kampfmaßnahmen zur erfolgreichen Durchsetzung der von den Textilproleten geforderten Lohnerhöhung!

1. Um wievielfaches müßte dein Lohn erhöht werden, damit du einigermaßen menschenwürdig leben könntest?
2. Weshalb ist es nicht möglich, die notwendige Lohnerhöhung im ruhigen Verhandlungsgang zu erzielen?
3. Weshalb müssen die Textilarbeiterinnen und -arbeiter in allen Betrieben Kampfleitungen wählen?
4. Welche Maßnahmen haben die Unternehmer in deinem Betrieb zur Steigerung ihres Profites in der letzten Zeit durchgeführt?

Textilarbeiterinnen, antwortet!

Eure Antworten werden veröffentlicht werden. Damit trägt ihr zur Mobilisierung der Textilproleten bei. Schreibt an die am Kopf der Zeitung angegebene Adresse der Redaktion.

Streichholzflamme genügen würde, um aus ihnen eine lebende Fackel zu machen. Bei der Sortierung von Lumpen, die vielfach aus den Spitätern kommen und nicht genügend desinfiziert sind, sind die Arbeiterinnen — hauptsächlich sind es ausländische Arbeiterinnen — die Leute schwerer Krankheiten infolge der Berührung und der Ausdünstung dieser Lumpen. Dieselbe Situation in den Wäschereien, wo die Arbeiterinnen keine Räume haben und neben der schmutzigen Wäsche essen müssen. In anderen Industriezweigen müssen sie für ihre Körperkräfte viel zu schwere Lasten schleppen, bei jedem Wetter im Freien arbeiten ujm.

Niemals ergreift der Unternehmer notwendige Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterinnen, noch der Kinder, die sie zur Welt bringen. Die offizielle Welt ruft nach Geburten, aber die große Masse der Arbeiterinnen muß unter solchen Zuständen arbeiten, daß die Geburt und die Aufzucht eines gesunden Kindes fast zur Unmöglichkeit wird.

Ist es nicht eine Schande, daß die Frau, um leben zu können, gezwungen ist, bis zum letzten Tage ihrer Schwangerschaft zu arbeiten? Das Gesch, welches der Arbeiterin einen Monat Urlaub gewährt — 14 Tage vor und 14 Tage nach der Niederkunft —, ist ein Lohn auf die wirtlichen Bedürfnisse der Arbeiterin und ihres Kindes. Tempo das Gesch, welches der Mutter, die ihr Kind stillt, 0,50 Fr. pro Tag Stillgeld gewährt! Für die allermeisten Arbeiterinnen ist das Stillen eine Unmöglichkeit, da sie nach 14 Tagen, kaum von der Niederkunft wiederhergestellt, gezwungen sind, wieder in der Fabrik zu arbeiten. Was wird unterdessen aus dem Kind? Die Bourgeoisie, der bürgerliche Staat, kümmern sich nicht darum.

Japanisches Frauenelend

Brief einer japanischen Arbeiterin

Genossinnen! Ihr müßt erfahren, wie wir leben.

Das fünf Uhr morgens weckt uns groß der Aufseher, und um fünf Uhr gehen wir in den Speiseraum der Fabrik.

Schlechter, bitterer Reis, wie wir ihn zu Hause niemals aßen, ist das Frühstück. Die Suppe hat weder Kraft noch Saft.

Der Arbeitstag beginnt.

Wir arbeiten den ganzen Tag im Schweiß unseres Angesichts. Aber wir erhalten dafür nur 70 bis 75 Sen. Die ungelerten, neu eingestellten Arbeiterinnen bekommen 55 Sen. (Ein Yen ungefähr 2 Mark, ein Sen ungefähr 2 Pfennig.)

Wir arbeiten von sechs Uhr morgens ohne Unterbrechung und ohne zu essen, bis Mittag. Mittags dürfen wir essen, da aber die Maschinen nicht abgestellt werden und die Arbeit nicht unterbrochen wird, so muß eine Arbeiterin zwei Maschinen besorgen, während die andere schnell etwas zu sich nimmt. Wir haben uns davon gewöhnt, im Laufes zu essen.

Nachmittags arbeiten wir weiter bis 6 Uhr abends und noch länger, ohne für eine Minute zu unterbrechen. Es kommt durchschnittlich ein dreizehn- bis vierzehntägiger Arbeitstag heraus.

Die Fabrik dürfen wir nur Sonntags verlassen, manchmal aber kommt es so, daß sogar Sonntags, unter diesem oder jenem Vorwand, der Anseher verweigert wird und wir den Tag im Zimmer verbringen müssen.

Wenn jemand erkrankt, darf er nicht im Gemeindefachhaus bleiben, sondern muß ebenso arbeiten wie die Gesunden und sogar noch mehr, denn die Gesellschaft fürchtet, durch den Tod einer Arbeiterin die Produktion, die sie ihr gab, zu verlieren und ist daher bestrebt, aus ihr noch auszupressen, was möglich ist. Wenn die Kranke nicht imstande ist, aufzustehen, und im Hause liegen bleibt, kommt der Aufseher und schleppt sie mit Gewalt aus dem Bett. Zahlreiche Arbeiterinnen sterben in der Fabrik, an der Maschine.

Aus der Fabrik gibt es nur zwei Wege: in den Friedhof oder in das Krankenhaus. Das Krankenhaus ist so jährenlich, daß wir es die Straß nennen. Wer dort hincinkommt, kehrt nie wieder zurück.

Wie lebt die Arbeiterin in Frankreich?

In der Pariser Region arbeiten die Arbeiterinnen in manchen Parfümfabriken für Löhne unter 15 Fr. (1 Franken gleich 100 Pf.) pro Tag. In der Spielwarenindustrie verdienen sie 146 Fr. nach einer Arbeitswoche von 56 Stunden. In den Wäschereien beträgt der Lohn 20 Fr. für einwöchige Arbeit.

Bei Citroën (Automobilfabrik) verdienen die Arbeiterinnen 2 Fr. pro Stunde weniger als die Männer, trotzdem ihre Arbeit nochmal produktiver ist als diejenige ihrer männlichen Kollegen. Eine kleine Rechnung ergibt, daß Herr Citroën in einer Werkstat, wo er 200 Arbeiterinnen unter diesen Bedingungen arbeiten läßt, einen Überprofit von 3200 Fr. pro Tag macht.

Die Arbeitsverhältnisse für die Frauen sind empörend. Die Hygiene in den Betrieben fehlt vollständig. Unsere Kolleginnen arbeiten während eines langen Arbeitstages in einer schwülen, bausigen, getränkten Atmosphäre, wo sie eine leichte Beute aller möglichen Krankheiten werden.

In den Zuckerrüben haben die Frauen am Abend die Haare voller Zuckersand, in den Parfümfabriken verlieren diejenigen, die mit der Herstellung des Puders beschäftigt sind, den Geruchssinn, in den Reißfabriken werden viele Frauen überläßt infolge der Einatmung von Petroleum. In der Petroleumindustrie müssen die Frauen vom Morgen bis zum Abend Petroleum einatmen, und ihre Kleider sind von Petroleum so durchtränkt, daß die Reinigung mit einer

Am schlimmsten ergeht es den Bäuerinnen, die an die frühe Düst und Felder geschickt sind.

Ich erzähle euch, Genossinnen, die Geschichte einer Frau, die bei uns arbeitete. Sie hieß Genossin Hissa. Sie stammte aus Nordost Japan.

Als sie in die Fabrik kam, war sie eine kräftige, gesunde junge Frau. Aber schon nach zwei Monaten Arbeit in der Fabrik wurde sie krank, wurde lungenkrank, wie wir alle hier. Die Gesellschaft zwang sie immer weiterzuarbeiten, da sie um die Vorschüsse besorgt war.

Eines Tages arbeitete Hissa, als sie schon sehr krank war, ohne Gummischürze. Als sie der Aufseher ansah, antwortete sie, daß sie nicht imstande sei, die schwere Schürze zu tragen, da sie sehr krank sei und kaum auf den Beinen stehen könne. Der Aufseher stürzte sich auf sie und begann sie zu schlagen.

Von diesem Tage an konnte Hissa nicht mehr aufstehen. Sie spie Blut und starb.

Um uns von diesem Leben zu erlösen, d. h. richtiger, vor dem Tod zu retten, sind der Wille und die Idee eines Menschen ungenügend. Wir müssen uns vereinen.

Forschungen über Infektionstrantheiten

Der Arztwelt ist es seit jeher schon bekannt, daß für die Entstehung und den Verlauf von Infektionstrantheiten eine gewisse Veranlagung, Neigung, Disposition vorhanden sein muß; unter ganz denselben Verhältnissen erkranken Menschen und bleiben gesund.

Diese Erforschungsfrage ist jetzt durch Experimente amerikanischer Forscher, wie es kürzlich durch die bürgerliche Presse ging, untersucht worden. Man beobachtete besonders die Rolle, die die Ernährung spielt; das Ergebnis war merkwürdig „marigisch“. Im Rodeseller-Institut machte man z. B. Versuche mit Mäusen. Eine Anzahl wurde mit der üblichen Nahrung gefüttert, während die gleiche Anzahl mit einem bei Vitaminforschung erprobten Nahrungsgemisch aufgezogen wurde, als ein ersetzliches Futter erhielt.

Beide Gruppen von Mäusen gingen zunächst gleich gut. Als man beide Gruppen aber gleichzeitig derselben Infektion unterwarf, war die Sterblichkeit bei der zweiten Gruppe (die mit der vitaminreichen Nahrung gefüttert wurde) fünfmal geringer. Es ist das selbe Ergebnis, wie es jede Epidemie zeigt: die Unter- und Geringernährten sterben wie die Fliegen im Winter an der Wand, während die Guterährten immer verhältnismäßig unverletzt davon weglommen.

Bei dieser Forschung stellte man auch fest, daß auch bei Krankheiten, deren Erreger Bakterien sind, gesunde Tiere sich nicht infizieren lassen. Danach muß also durch die schlechtere Nahrung eine Herabsetzung der natürlichen Widerstandskraft hervorgerufen worden sein, durch die erst das Entstehen der Krankheit ermöglicht wurde.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Katarrhen der Atmungsorgane, vielleicht auch bei Grippe und Lungenentzündung des Menschen, denn die Erreger werden vielfach auf den Schleimhäuten gefunden angetroffen, führen aber erst zur Krankheit, wenn die normalen Widerstände herabgesetzt sind.

Im Institut Robert Koch wurde bei einer großen Vieerschweineepidemie untersucht, wieviel der Mangel an Vitamin C (in Gemüsen, Früchten, Nüssen, Milch und bester Butter enthalten), der zum Sterben führt, die Empfänglichkeit für Infektionen erhöht. Es wurden zwei Arten von Erregern benutzt, die bei der Epidemie die Hauptrolle gespielt hatten. Die Versuche, die über ein Jahr lang durchgeführt wurden, ergaben tatsächlich, daß vorüberlebende Tiere durch die Erreger tödlich infiziert wurden, während normal ernährte Tiere der gleichen Infektion fast immer widerstanden. Es zeigte sich auch, daß bei fortgeschrittenem Sterblichkeit schwere Allgemeininfektionen durch Bakterien veranlaßt werden, die bei gesunden Tieren sehr häufig auf den Schleimhäuten vegetieren, ohne Schaden anzurichten.

Das Ergebnis dieser Forschung unterstreicht die unsere eigenen Erfahrungen auf dem Gebiete „Krankheit und Ernährung“. Daß die Forschungen aber dahin führen, zu veranlassen, die miserablen Löhne und daraus folgenden miserablen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern — darauf braucht sich keiner Hoffnungen zu machen.

Waldenburger Bergland

„Neues Tageblatt“ lobt die SPD.

In der Sonnabend-Sonntag-Ausgabe des „Neuen Tageblattes“ liest man an erster Stelle einen Artikel „Der Volkszeitung am 1. Mai“. Es lobt die, den Waldenburger Arbeitern einige Auszüge aus diesem Artikel zur Kenntnis zu bringen. Wir lesen da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat bekanntlich von jeher auf öffentlichen Demonstrationen am 1. Mai das größte Gewicht gelegt und sich gegebenenfalls auch um behördliche Verbote nicht gekümmert. Es muß deshalb jedem auf den ersten Blick fast ungläublich erscheinen, daß der sozialdemokratische Volkspräsident von Berlin Kundgebungen unter freiem Himmel am 1. Mai nicht zulassen will und schärfste Maßnahmen gegen alle diejenigen ankündigt, die sich dem Demonstrationenverbot widersetzen.“

Wer hätte jemals bei einem sozialdemokratischen Präsidenten eine solche Verengung des sozialdemokratischen Maßesrahmens für möglich gehalten? Aber es unterliegt keinem Zweifel: Herr Börgel wird am 1. Mai die Berliner Straßen und die Treptower Wiesen vor Demonstranten freihalten, und er wird diejenigen, die sich etwa auf die sozialdemokratische Tradition berufen wollten, den Volkspräsidenten hinhin lassen. ... Kein Vernünftiger wird den Berliner Volkspräsidenten wegen seines Verhaltens tadeln. ... Aber die Sozialdemokratie? Was tut sie, um ihr „heiliges“ Maßesrecht gegen politische Unterdrückung zu schützen? Sie tut nichts, sondern sie läßt sich. Sehr zutreffend hat Stresemann einmal gelegentlich gesagt, daß das einzige, was von der preussischen Disziplin noch übrig blieb, die sozialdemokratische Parteidisziplin ist. Die Kommunisten sind in Berlin gefährliche Gegner. Sie stehen den Sozialdemokraten an Zahl sehr weit nach. Sie haben in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht und bei vielen Wahlen zu Betriebsräten den Sieg davongetragen. In Berlin haben sie, wie diese Wahlen gezeigt haben, die Mehrheit unter den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Betriebsinstitute. Es ist nicht gut, mit einem solchen Gegner anzubinden. Deshalb versammelt man sich lieber in Sälen und stellt sich unter den Schutz der Polizei.“

Einen Kommentar brauchen wir nicht zu machen. Das deutsche „Neue Tageblatt“ lobt die Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft hat alle Bekanntschaft, von der Sozialdemokratie abzurufen, denn Lob spendiert die Bourgeoisie nur ihren ergebensten Vasallen.

Wie überall auf den Gruben, werden auch auf dem Tiefbau Arbeiten, die sonst in den eigenen Werkstätten ausgeführt wurden, an andere Firmen vergeben. Das Ergebnis ist folgendes: Schüttelmoitore, deren Reparatur in der eigenen Werkstatt keine 50 Mark erfordert, müssen jetzt mit 500 Mark (das Fehlfache) bezahlt werden. Trotz dieser enormen Summe waren die Schüttelmoitore nicht einmal betriebsfähig und mußten erst in der eigenen Werkstatt durchrepariert werden.

So müht G. o. r. k. Sein einziges Bestreben ist, koste es, was es wolle, die Profite zu steigern. Die Leidtragenden sind die Arbeiter und unteren Beamten. Diese müssen sich energisch zur Wehr setzen!

Freiburg
Der KDSB-Druckschub hält am Donnerstag, 19.30 Uhr, im „Grünen Baum“ eine Sitzung ab.

Schweidnitz
Aus dem Galantenzlager

Bei den jetzt lebhaften Anstrengungen der Hiltlerleute, auch in Schweidnitz eine Rolle zu spielen, lohnt es sich, wenn man auch mal hinter ihre ertügelten Kulisen schaut. Was spielt bei den Leuten in ihrer famosen „Arbeiter-Partei“ keine Rolle. Da ist zunächst Herr Betriebsratsführer T r e c z l a l, großes Besitztum, Auto, alles vorhanden; weiter Herr Lebergroßhändler H e r d e, mehrfacher Hausbesitzer, auch mit eigenem Auto; dann folgt Oberleutnant a. D. P a u l b a c h, dann der republikanischen Pension ein „armer“ Mann. Selbst noch das edle Dreigespann: T u r l, K l o s e, K u b i s s a. T u r l wurde vor zwei Jahren in hohem Bogen aus dem Hiltlerlager geworfen, ja, die eigene Zeitung warnte vor ihm; heute spielt er als „Landwirt“ die große Rolle. Herr K l o s e, einmalaß nationaler Zeitungsakquisitor. Nun, der famose „Freiheitsheld“ nahm sich seinerzeit viel Freiheit in puncto Abrechnung mit seinem Verlag, so daß sich auch der Staatsanwalt mit ihm beschäftigte. Herr K u b i s s a? O weh, wie lange ist es her seit Ihrer letzten Drehsche? Und was nennt sich „Arbeiter-Partei“!

Jauer
Beinahe ertrunken. Unterhalb der Bollenhainer Brücke stürzte ein sechsjähriger Junge in die Neiße. Er konnte von dem Arbeiter Ertner im letzten Augenblick vom Tode des Ertrinkens gerettet werden.

Der Hunger

Es geht ein bleicher Mann durchs Land,
Die Senze in der Knochenhand,
Zu mähen, ja zu mähen.
Er mäht nicht reifes Korn so gut:
Nach Menschenleibern, Menschenblut,
Wildgierig tut er spähen.
Den fatten Bürger läßt er stehen,
Er will nur Proletarier mähen,
Das graufige Gerippe.
Und wo er hintritt, wächst die Not,
Es schwindet Frohsinn, Glück und Brot,
Schwingt Hunger seine Hippe.
Proleten, lernt es doch verstehen,
Euch alle wird der Hunger mähen,
Euch alle, ohn' Erbarmen,
Wenn ihr euch nicht zusammenschafft!
Gebrauchet endlich eure Kraft
Und eure starken Arme.
Proleten, seid nicht länger blind,
Es geht um uns, um Frau und Kind,
Um Leben oder Sterben.
Der bleiche Hunger geht durchs Land,
Schlagt ihm die Senze aus der Hand
Und was euch quält, in Scherben.

Emil Szepanitzky.

Niederschlesien

Görlitz

Stadtoberordnetenfassung
Zuerst wurde ein neuer Nazi eingeführt, der Schupfermeister Eichmann. Wenn seine Söhne auch soviel wert sind, wie die Polizei der Nazis, so wird er bald den Konkurs anmelden müssen. — Nach der Genehmigung des neuen Stellenplanes für städtische Beamte und der Wahl einiger Beisitzer sollte beschlossen werden, daß das Gymnasium als besonders bedeutungsvolle Schule anerkannt wird. Das hätte zur Folge, daß der Haushaltsplan um jährlich 1200 Mark erhöht werden müßte infolge einer pensionsfähigen Zulage des Leiters und eines weiteren Beamten. Gegen einige Bürgerliche Stadtoberordnete wurde dies abgelehnt. Zugestimmt wurde der Einbeziehung der Beamten der städtischen Berufsfeuerwehr in die Unfallversicherung, sowie der Weiterverpackung des Freibades an den bisherigen Pächter. — Einmündige Annahme fand die Vorlage betreffend die Straßenbahnangelegenheit. Neben der Verlängerung der Straßenbahn bis Lechwitz, der Verlegung der Gleise von der Raasdorfer nach der Landstraße- und Brantwießenstraße und Einlegung eines zweiten Gleises auf der Reichenerberger Brücke, wurden die Fahrpreise neu geregelt. Durch den Wegfall der Tarifgrenzen ist die Erhöhung des Einzeltickets in die Bahnhofstraße eine Verbilligung des bisherigen Zustandes. — Der Abschluß einer Haftpflichtversicherung mit der Reichenerberger Versicherungsgesellschaft über alle aus dem Betrieb der städtischen Verwaltung oder sonstigen öffentlichen Diensten entstehenden Einrichtungen wurde zugestimmt. — Nach der Kenntnisnahme der Bilanz der Wasserwerke wurde in die allgemeine Besprechung des Haushaltsplans eingetreten. — Der Sozialdemokrat Höpner konnte es sich nicht verkneifen, bei seinen Ausführungen einige geistlose Bemerkungen über die SPD und die Gewerkschaften aus seinem verfallenen Redatzenbüchlein vom Stapel zu lassen. Genosse Ulrich gab ihm die gebührende Antwort. Im übrigen werden wir auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Lauban
Einerer Hahn. Im Liebwagenhuppen auf dem Bahnhofsplatz der Schloßer Eheleute beim Reinigen einer Maschine auf Plaster. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Neusoh
1900 Karl Knittlberg unterlag. Justizinspektor Bräns, der von Oktober 1923 bis Februar 1929 hier als Gerichtsvollzieher tätig war, wurde auf Anordnung des Landgerichtspräsidenten die Todesstrafe noch unbekannt.

vom Amt suspendiert. Er soll annähernd 4000 Mark unterschlagen haben. Gegen den Beamten wurde in Verfahren wegen Amtsuntererschlagung eingeleitet.

Grünberg

SPD-Betriebsobmann Fiedler entläßt
Eine feine SPD-Politik betreibt Fiedler innerhalb seiner Betriebsvertretung. Der bei der Firma F a n k e u. Co., Tuchfabrik, beschäftigte 56jährige Fuhrer Hartmann, Wilhelminal, war durch die Glätte und Vereisung auf dem Weg nach Hause zu Fall gekommen und brach sich den Arm. Durch den Vertrauensarzt geschuldet, versuchte er, seiner Arbeit nachzugehen. Da aber durch diesen Unfall seine Arbeitskraft gering war, weil der Arm noch nicht geheilt war, wollte ihn der Abteilungsleiter entlassen. Er holt den Betriebsobmann Fiedler, SPD-Mitglied, scheintrahant, und berberachtet die Arbeitsweise Hartmanns. Dann erklärte er dem Fuhrer die Entlassung mit folgenden Worten: „Hartmann, ich sehe, es geht noch nicht mit Deinem kranken Arm, Du wirst auflösen müssen zu arbeiten. Reibe Dich doch wieder krank.“ Von der Firma wird Du beurlaubt.“ — Trotzdem die Möglichkeit bestand, diesen Fuhrer in ein leichteres Arbeitsverhältnis zu bringen, wozu die Firma laut Betriebsratsgesetz verpflichtet war, erklärte dieser SPD-Betriebsobmann dem Hartmann für entlassen. Oder glaubt Fiedler etwa, daß dieser 56jährige Prolet noch einmal bei dieser Firma eingepflegt wird und andere Arbeit bekommt?

Vom Fuhrer überfahren. Der achtjährige Sohn des Arbeiters Ziebnitz, wohnhaft Bismarckstraße, wurde am 13. April an der Ecke Niederstraße-Lindenberg durch den Anhänger eines Sandfuhrwerks überfahren. Das Sanitätsamt kaufte den Knaben in das Krankenhaus B e t h e s d a. Den Kutscher soll keine Schuld treffen, da der Knabe in das Fuhrwerk lief.

Sagan
Leichnam. Hier wurde die Leiche der seit einigen Wochen vermissten Ehefrau Pauline Preuß aus Sorau aus dem Rober gezogen.

Sproßtau
Tot aufgefunden. Am Sonnabendvormittag fand man die Frl. K e r m a n n aus der Jüdenstraße tot im Bett auf. Die Todesursache ist noch unbekannt.

Magnau

Schüler-Unfall. Beim Herausstreiten aus der Schulbank blieb der efffähige Schüler D e i n z K i t t e l hängen und stürzte mit dem Kopf gegen einen Heizkörper, wobei er sich eine erhebliche Kopfverletzung zuzog.

Liegnitz

Ueberfall. Dieser Tage wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein Hilfsarbeiter in der Nähe der Granshule abends überfallen. Drei Kerle beheimlichten ihn in unästhetischer Weise und nahmen ihm u. a. die Remontofuhr weg.

Aus dem Riesengebirge

Kaufung a. R. Die Nazis haben kein Glück. Am 7. April hatten die Nationalsozialisten eine Versammlung im Urnsbacher Saale angezettelt. Als sie ankamen, mußten sie aber feststellen, daß es zwecklos ist, den vier leeren Wänden etwas zu erzählen. Und so mußten sie wieder abziehen. Kein Arbeiter von Kaufung wollte die faschistische Schein-Arbeiterpartei hören.

Arbeitersport

Werbest der Breslauer Arbeiterschwimmer

Der rührige Schwimmverein Poseidon hatte für Sonntag zu einem Werbe-Schwimmfest in das Breslauer Hallenschwimmbad eingeladen, das einen guten Besuch aufwies. Besonderen Eindruck machten die Rettungsvorführungen, die von allen Altersklassen beiderlei Geschlechts gezeigt wurden. Die Vereine Liegnitz, Görlitz und Bunzlau, die den Breslauern gute Konkurrenz boten, und Breslauer Turner und Kanusfahrer brachten durch ihre Beteiligung eine belebende Note in das Fest. Die Bundesbestleistung im 100-Meter-Seitenschwimmen, von Pauline Breslau bei der Olympiade in Frankfurt a. M. aufgestellt, wurde von ihm um $\frac{1}{10}$ Sekunden unterboten. Besonderen Beifall fand das Figurenlegen der Frauenabteilung. Anschließend die Resultate:

4x50-Meter-Freistil-Staffette für Männer: 1. Breslau-Nord I 2:11,6. — 50-Meter-Brustschwimmen für Schüler der weltlichen Schulen: 1. Beißel 0:40. — Brustschwimme für weibliche Jugend, 50, 100, 50 Meter: 1. vierte Mannschafft 3:55,1. — 100-Meter-Freistilschwimmen: a) männliche Jugend: 1. Zippel-Görlitz 1:18,4; b) Männer (Vorgabe): 1. Kaluga-Breslau 1:10,4. — 100-Meter-Müdenschwimmen für Frauen: 1. Werner 1:43,4. — 100-Meter-Seitenschwimmen: a) männl. Jugend: 1. Pol-Breslau 1:19,8; b) Männer: 1. Pauline-Breslau 1:18,6. — 25-Meter-Brustschwimmen für Schülerinnen der weltlichen Schule: 1. Kreschner 0:25,8. — 11x25-Meter-Staffette für Handballspieler: 1. Freie Kanuvereinigung Breslau 3:24,7. — 3x50-Meter-Ragenstaffette für Frauen: 1. sechste Mannschafft 3:31,8. — 100-Meter-Brustschwimmen: a) männliche Jugend: 1. Bod-Breslau 1:32,6; b) Männer: 1. Zimmer-Liegnitz 1:28,2. — 4x25-Meter-Tauchsaffette für Männer: 1. Mannsch. 1:12. — Wasserballspiele: Poseidon 2. Jgd. — Liegnitz 1. Jgd. 1:0 (1:0); Poseidon 1. Jgd. — Görlitz 1. Jgd. 4:2 (2:1); 1. Frauen — 2. Frauen 1:1; Poseidon West I — Bunzlau I 1:2; Poseidon Nord I — Liegnitz I 6:2; Poseidon Ost I — 7. Abt. Freie T. B. 2:0. — Springen: a) Männer: 1. Heintze-Schweidnitz 20 $\frac{1}{2}$ Punkte; 2. Müde-Breslau 20 Punkte; b) Jugend: 1. Hanke-Breslau 20 Punkte.

Subball

FSB. I — Freiheit I 3:1
Ein vollständig ausgeglichenes Spiel wurde von beiden Mannschaften in der ersten Halbzeit gezeigt. Der Halbzeitstand 1:1 brüht den Spielverlauf aus. Besonders schärfte wurde in der zweiten Halbzeit das Spiel. Dabei hatte FSB etwas mehr von dem Spiel. Die Erfolge stellten sich jedoch erst kurz vor Schluß ein. Der Schiedsrichter hatte zeitweilig sehr schwache Momente.

Bratislamia I — West I 4:2

Der Anstoß Bratislamias wurde vom Mittelläufer gekoppt. Allmächtig beherrschte Bratislamia die Lage. Erfolge wurden aber durch das viele Abseits des Sturms verhindert. West, die bei einem Durchbruch eine Ecke erzwingen, verwandelten dieselbe sicher zum Führungstor. Dieser Vorsprung währte nicht lange. Nach guter Kombination erzielte Bratislamia den Ausgleich. Mit 1:1 ging es in die Pause. Kurz nach Wiederbeginn erlaubte sich der rechte Verteidiger von West einen großen Schnitzer, der das Führungstor von Bratislamia nach sich zog. Die Ueberlegenheit der Rotgelben wurde immer offensichtlicher. Eine Ecke brachte den dritten Erfolg. West, die jetzt etwas munterer wurden, drängten den Gegner in seine Spielhälfte zurück. Der einzige Erfolg waren einige Ecken, die aber numerische Erfolge nicht brachten. Im Gegenteil gelang es Bratislamia, bei einem Durchbruch das Resultat auf 4:1 zu erhöhen. Ein wegen Unfairnis verhängter Elfmeter brachte West ein zweites Tor ein.

Dswitz I — Roberwitz I 2:0

Der Sportplatz in Roberwitz wies Massenbesuch auf. Dswitz hatte Anstoß. In der Folge sah man eine vollständig offenes Feldspiel, wobei die Abwehrarbeit beider Hintermannschaften Erfolge verhinderte. Erst kurz vor Schluß gelang es Dswitz, durch Halbrechts in Führung zu gehen. Nach Halbzeit war Dswitz weiter überlegen. Ueberkombination und der sehr gute Tormann von Roberwitz ließen Erfolge nicht zu. Ebenso gelang Roberwitz trotz zeitweilig großem Drängen der Ausgleich nicht. Erst kurz vor Schluß erzielte Dswitz nach guter Vorlage das zweite Tor.

Schach

Partie 51.
Altindisch.
Weiß: Gerlach
Schwarz: Kofle.
1. d2—d4 Sg8—f6 14. a2—a3 Lc5—e7
2. Sg1—f3 d7—d6 15. b3—b4 a5—a4
3. c2—c4 Sb8—d7 16. c4 c5 Sb6—c8
4. Sb1—c3 c7—c6 17. Ld3—a2 b7—b5
5. e2—e4 Dd8—c7 18. Lc4—c4 g7—g5
6. Lf1—d3 f7—e5 19. Dc2—d2 Sh5—g7
7. d4—e5 d6—e5 20. Ta1—d1 h7—h5
8. 0—0 Lf8—e5 21. S13×g5 f6×g5
9. Dd1—c2 Sd7—b6 22. Lc3×e5 Dc7/e5
10. b2—b3 Lc8—d7 23. Dd2/d7+ Ke8—f8
11. Lc1—b2 Sf8—h5 24. Dc7×c6 Dc5—b8
12. Sc3—e2 f7—f6 25. Dc6—g6 Aufgegeben!
13. Lb2—c3 a7—a5
Anmerkung: Eine andere Behandlung der d7—d6-Verteidigung ist 3. e2—c4, e7—e6; 4. Sh1—c3, Lf8—b4; 5. Dd1—c2, e7—c5; 6. Lf1—d3, Sg8—c6; 7. Sg1—e2; 8. Dd8—c7 oder b6 mit hartem Druck auf das weiße Zentrum.
Wenn 24. — Ta8—b8, so 25. f2—f4!! Die Dame geht verloren nebst Matt in wenigen Zügen. Konsequente Ausnützung der offenen Linien führte zum Siege.

Spielesale des Vereins:
Abt. West: Bräuer, Pöpelwitzstraße 33, Freitag 20 Uhr;
Abt. Südwest: Staatl. Augusta-Schule, Schwerinstr., Dienstag 19 Uhr;
Abt. Nikolaitor: Hanke, Leuthenstr. 34/36, Freitag 20 Uhr;
Abt. Gröbigen: Sauer, Gröbigenstr. 259, Mittwoch 20 Uhr;
Abt. Nord: Daniel, Lehndamm 38, Donnerstag 20 Uhr;
Abt. Ost: Schule 19, Löschstraße, Mittwoch 19 Uhr.
Deutscher Arbeiter-Schachbund, Chemnitz, Rühnstraße 38.

Maßregelungen in der Berliner Verkehrs-N.O.

Nach der Betriebsratswahl bei der Verkehrs-N.O. wurden einige Duzend altlos oppositionelle Arbeiter, die bei der Nord-Süd-Bahn beschäftigt waren, mit der Begründung „Arbeitsmangel“ entlassen. Jetzt wurden einige dieser Kollegen zum Berliner Vollzeitspräsidenten, Abteilung Ia geladen. Nach einem Verhör über ihre politischen Anschauungen wurde erklärt, daß gegen sie Anklage wegen Mäßigung und Erpressung sowie gewalttätiger Abhaltung anderer Kollegen von der Arbeit erhoben wird. Wie die SPD-Funktionäre in den Verkehrsbetrieben erklären, wird jetzt seitens der Direktion, zusammen mit der SPD-Fraktion und dem Berliner Vollzeitspräsidenten, eine „Säuberungsaktion“ in den Verkehrsbetrieben geplant. Die SPD-Funktionäre erklären offen:

„Die Kommunisten haben zwar die Mehrheit bei den Betriebsratswahlen erhalten, doch die SPD hat die Macht. Sie wird das schon beweisen. Die Berliner Verkehrs-N.O. muß eine Sackgasse der SPD werden. Die Zusammenarbeit zwischen Direktion, SPD-Funktionären und Vollzeitspräsident ist keine Betriebsratsarbeit, sondern nur eine regelrechte Funktionärrarbeit, da ja doch der Direktor Brolat und Jürgel SPD-Mitglieder sind.“

In einer verlegenen offiziellen Darstellung der Entlassungen bei der Verkehrs-N.O., die der Direktor der Verkehrs-N.O., der Sozialdemokrat Brolat, im gestrigen „Vorwärts“ gibt, wird die Hilfeleistung der Polizei im Kampfe der SPD-Direktion gegen die Opposition direkt angekündigt. Die furchtbare Niederlage bei den Betriebsratswahlen und nicht zuletzt der Beschluß der Betriebsversammlungen der Verkehrsbetriebe an den letzten Tagen, am 1. Mai die Verkehrsbetriebe stillzulegen und sich an der Maidemonstration zu beteiligen, ist der SPD so in die Knochen gefahren, daß sie ihren gesamten politischen und Verwaltungsschicksal eingeeicht hat. Dabei arbeiten der Sozialdemokrat Brolat und der Direktor der Nord-Süd-Bahn, der Deutschnationale Kleiber, Hand in Hand, wie das der Sozialdemokrat Jürgel mit den deutschnationalen Polizeioffizieren auch tut.

Ein konsequenter Renegat

Das frühere Mitglied der Kommunistischen Partei, Karl Rehbinder in Hanau, der im Auftrage der Brandler-Fraktion erfolglos versucht hat, die Partei in Hanau zu zerstören, ist, wie schon gemeldet, zur SPD übergetreten. Die Frankfurter sozialdemokratische „Volksstimme“ veröffentlicht jetzt einen Brief Rehbinders an den Bezirksvorstand der SPD. Hesse, in dem es u. a. heißt:

„Man ist an mich herangetreten, zwecks Gründung einer neuen Partei. Ich habe dies abgelehnt, weil ich darin eine weitere Zersplitterung der Arbeiterkraft erblicke... und schließe mich der Partei, aus der ich hervorgegangen, wieder an.“

Aus diesem Brief Rehbinders geht klar hervor, daß die Brandler-Gruppe, die in ihrem parteifeindlichen Blättchen die Absicht der Gründung einer neuen Partei hartnäckig leugnet und von der „Eroberung der Partei“ schwätzt, in Wirklichkeit mit allen Mitteln bestrebt ist, eine neue zentristische Partei aufzumachen. Wenn die Verwirklichung dieses Planes, der als Übergang zur späteren Verschmelzung mit der SPD gedacht ist, ihnen noch nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird, so liegt dies nur daran, daß die Arbeiter, die ihnen anfangs in geringer Zahl noch gefolgt sind, von dem verräterischen Treiben der Renegaten immer mehr abrücken.

Verhandlungen für die Berliner Metallindustrie gescheitert

Berlin, 15. April. Vorgestern nachmittag fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern des Berliner Metallwerks der Gewerkschaften und dem Verband Berliner Metallindustrieller statt. Die Lohnforderung der Gewerkschaften beläuft sich in der Spitze auf eine Erhöhung der Mindesteinstellungslöhne von 1,06 Mark auf 1,20 Mark, ferner auf eine Reduzierung der Lohngruppen auf insgesamt drei Gruppen. Die Unternehmer erklärten, daß es der „Wirtschaft“ bedeutend schlechter gehe als den Arbeitern und daß die Metallindustriellen nicht in der Lage seien, auch nur einen Pfennig Lohn-Erhöhung zu gewähren. Nunmehr werden die Gewerkschaften den Schlichtungsausschuß anrufen.

Gekündigte Reparationshoffnungen

Nach monatelangem Rätselraten über die Summe der Reparationszahlungen wird der geheimnisvolle Schleier über die Zahlen gelüftet. Die Gläubigerstaaten haben Deutschland durch ihre Vertreter, durch die sogenannten unabhängigen Sachverständigen, von ihren Forderungen unterrichtet. Eine offizielle Mitteilung über die zahlenmäßigen Forderungen der Alliierten ist zwar noch nicht erfolgt, doch ist das Geschrei der bürgerlichen Montagspresse über die „Schredenszahlen“ eine Bestätigung dafür, daß die in der französischen Presse gemachten Angaben ungefähr stimmen dürften.

Danach soll Deutschland 37 Jahre lang 2,2 Milliarden Mark und in den darauffolgenden 21 Jahren 1,7 Milliarden Mark jährlich zahlen. Die Gesamtsumme der Reparationszahlungen soll ungefähr 120 Milliarden Mark ausmachen. „Unannehmbar“ — „unerträglich“ — „Nie und nimmer“ — so erwidert das vielhundert-kimmige Echo der deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Inzwischen wird der aufmerksame Leser leicht feststellen können, daß die Entzückungslampagne sich auf terrestrischen Phantasien beruht und nur zur Vorbereitung des weiteren Reparationskrieges dient.

Die bürgerlichen Zeitungen stellen zwar die Frage, was geschieht, wenn die Reparationsverhandlungen scheitern. Aber diese Frage soll das Schredensgeschrei der geschätzten Konferenz nur an die Wand malen, um für die weiteren Verhandlungen Propaganda zu machen. Sehr klar erklärt der dem Bank- und Börsenkapital nahestehende Berliner „Montag-Morgen“: „Wenn Paris scheitert!“

„Es ist völlig unrichtig, daß irgendwas Grundstärkendes sich ändern wird, wenn man jetzt zu keiner Einigung gelangt.“ Es wird dann weitergehen, wie es bisher war. Der Dawes-Plan wird weiter laufen, für dessen Erfüllung, obwohl sie schwer ist, alle Sicherungen getroffen sind, die Deutschland allein treffen kann.“

Nicht einmal Jugenber fällt es ein, etwa den Abbruch der Konferenz zu fordern. Im Gegenteil. Das Jugenber-Magazin „Der Montag“ berichtet ausdrücklich: „Von einem Abbruch ist heute keine Rede mehr.“

Diese Pressestimmen enthüllen die Absicht der deutschen Bourgeoisie viel deutlicher, als das Geschrei „unannehmbar“ und die zahlreichen Aufforderungen und Ermahnungen an die deutschen Sachverständigen in Paris, die Forderungen der Gläubigerstaaten ab-

zulehnen. Freilich soll abgelehnt werden, damit dann angenommen werden kann. Freilich soll der Schacher um den Kaufpreis der Verteilung Deutschlands an der Kriegsfrente gegen die Sowjetunion weitergehen. Freilich ist die deutsche Bourgeoisie mit einem fünfjährigen Jahresnachschuß von 200 bis 300 Millionen unzufrieden, will günstigere Bedingungen erwirken. Aber das Gerde von einem Kampf gegen die Reparation überhaupt ist längst verkommen. Es ist kein Kampf um die Reparation, es ist nur ein Schacher um den Zahlungsmodus, was jetzt bevorsteht.

Die Koalitionspresse, vor allem die sozialdemokratische Presse, hat seit den Wahlen 1928 den wertvollen Waffen Deutschlands vorgeschwindelt, daß eine starke und feste Koalitionsregierung insstande sein werde, eine wirklich werksinnige Herabsetzung der Reparationslasten zu erwirken. Noch vor wenigen Wochen wurden Jahreszahlungen von einer Milliarde genannt, die mit Unterstützung des göttlichen Dollaralters angeblich erreicht werden könnten.

Die Große Koalition ist bald über die Reparationslasten vor den geringen Jahreszahlungen, von dem Erlaß von zwei Dutzend der Londoner Gesamtsumme (122 Milliarden) stüb verflohen. Die Große Koalition ist da, nicht um Deutschland von den Reparationslasten zu befreien, sondern um diese Lasten in erhöhtem Maße auf die Schultern der Werttätigen abzuwälzen und obenrein der Bourgeoisie Extravergünstigungen als Kaufpreis für die Verteilung an der Kriegsfrente gegen die Sowjetunion zu erwirken.

Die Arbeiter dürfen sich von der gefälschten Aufregung der deutschen Presse und den groß ausgemachten Protesten gegen die Reparationsforderungen der Gläubigerstaaten, die die bürgerlichen Parteien und die SPD in Deutschland in den nächsten Tagen erheben werden, nicht betören lassen. Ihr entschlossener Kampf gegen jede Abwälzung der Dawes-Lasten auf die arbeitenden Massen ist nur ein Teil ihres gesamten Kampfes, um den Sturz der Koalitionsregierung in Deutschland, um den Sturz der nationalen und internationalen Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt. Wie in allen entscheidenden Klassenkämpfen, so wird auch hier die Stellungnahme des Proletariats das große Beispiel der russischen Arbeiterklasse beeinflussen, die durch Erklämpfung der proletarischen Diktatur, Erreichung des Rätelraates den einzigen Weg zur Befreiung von allen Lasten der internationalen Unterdrückung der Werttätigen gewiesen hat.

SPD. gegen Erhöhung der Verpflegungslätze in den Provinzial-Anstalten

Breslau, 16. April.

Bei der Behandlung des Haushaltsplanes der Provinzial-Heil- und Pflgeanstalt in der gestrigen Sitzung des Provinzial-Landtages brachte die kommunistische Fraktion nachstehenden Antrag ein:

„Zu Drucksache Nr. 3, Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend den zusammengestellten Haushaltsplan der Provinzial-Heil- und Pflgeanstalten Bunsau, Bries, Blagowik, Lüben, Leubus und Freiburg für 1929. Der Landtag möge beschließen:

Auf Seite 12 Kap. 4 Tit. 2 für allgemeine Gottesdienstbedürfnisse die Beträge abzuheben, bei Kap. 4 Tit. 2 Verpflegung und sonstige Pflgekosten für die 2. Klasse den Pflgefuß von 62 Pf. um 5 Pf. pro Kopf zu erhöhen. Das gleiche für die Anstalt Freiburg der 2. Klasse von 63 Pf. ebenfalls um 5 Pf. zu erhöhen.“

Nach der Geschäftsordnung bedurfte der Antrag der Unterstützung von zehn Mitgliedern des Hauses. Die Sozialdemokraten versagten die Unterstützung, konnten aber nicht verhindern, daß die kommunistische Fraktion durch die Genossen Abdel und Tombrowski die vollkommen unzulängliche Verpflegung und die schlechter gewordene ärztliche Versorgung (früher kam auf 150 Kranke ein Arzt, jetzt hat ein Arzt 200 Kranke zu behandeln) zu brandmarken. Gegenüber dem Verzicht des Abgeordneten Pietzsch, die ablehnende Haltung der SPD. mit „Sparmaßregeln“ zu rechtfertigen, stellten unsere Genossen durch Kennzeichnung der Finanzpolitik der SPD. in Reich und Staat fest, daß die Partei des Pietzsch an der Finanznot der Gemeinden und der Provinz die volle politische Verantwortung trägt. Unsere Genossen wiesen auf das Finanzungleichgewicht, den Abbau und die Stundung der Besteuern und auf die

Niesensumme, welche die SPD. für imperialistische Aufrüstungen, Kirche, Polizei usw., bewilligte, hin. Eine leibenslämme Ermüdung des Abgeordneten Ruffert konnte die Wirkung der kommunistischen Angriffe nicht abschwächen. Kennzeichnend für das Doppelspiel der SPD. war auch, daß ihre Fraktion im Provinzial-Landtage gestern eine Entschließung der kommunistischen Fraktion gegen das Konordat nicht unterstützte, obwohl sie einige Wochen vorher im Stadiparlament zur Täuung der Massen einen derartigen Antrag eingebracht hatte. Ebenso lehnte die SPD. gestern die Unterstützung einer kommunistischen Entschließung gegen den Finanzausgleich, die Finanzausgleichssteuer und die Schandbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ab. Bei der Behandlung einer Siedlungsvorlage hatte der Genosse Robert Schulz dann Gelegenheit, die kapitalistische Wohnraumpolitik treffend zu kennzeichnen. Die SPD. magte es nicht, seine Feststellungen zu bezweifeln.

Sie saß gestern hilflos auf der Anklagebank.

Schweres Explosionsunglück in London. — Ll. Berlin, 14. April. Wie das Berliner Tageblatt aus London mitteilt, ereignete sich im dortigen Stadtteil Canningtown durch Auströmen von Gas eine heftige Explosion. Mehrere Häuser stürzten zusammen. Zwanzig Personen mußten in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück ist in seinem ganzen Umfang noch nicht zu übersehen.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Sonnabend, den 20. 4. täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Rivalen
Schauspiel von Anderson und Stallings; freibearbeitet von Carl Zuckmayer

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 13. 4. bis Donnerstag, den 18. 4. täglich 20.15 Uhr
Dreimal Hochzeit
Schauspiel von Anne Nichols
Freitag, 19. 4. und Sonnabend, 20. 4., 20.15 Uhr
Ensemble-Schauspiel des „Kleinen Theaters“, Berlin
Der Dickkopf
Lustspiel von Friedmann - Frederich

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
4. Gruppe beständlicher Operetten-Vorstellungen:
(Parlett 250 Bl. ufm.)
Dienstag, den 16. April, 20 Uhr
Drei arme kleine Mädels
Mittwoch, den 17. April, 20 Uhr
Gräfin Mariza
Donnerstag, den 18. April, 20 Uhr
Eine einzige Nacht

Heute bis Donnerstag
Odeon-Lichtspiele
„Rache für Eddie“
mit Eddie Polo

Beachtet unsere Inferenten!

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Dienstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie A 17
Der Mann im braunen Anzug
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie D 17
Der Mann im braunen Anzug
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 17
Zum letzten Male
Die kleine Helena
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 17
Der Krieger der Schlacht
Sonnabend, 19.30 Uhr
Margarete
Sonntag, 15 Uhr
Einmalige Nachmittags-Vorführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)
Garnus
Sonntag, 20 Uhr
Zu vollständiger Neuinszenierung
Fra. Doro

Monistische Gemeinde, e. V., Breslau

Hiermit ersuchen wir unsere Mitglieder, ihre Kinder an nachstehenden Tagen zum Unterrichtsbesuch anzumelden.

Beginn der Unterrichtsstunden:

Maitthias-Schule	Polener Straße	Grünstraße 14/16
4. und 5. Schuljahr: Montag, 3.30	Sonnabend, 4.00	Mittwoch, 4.00 Uhr
6. und 7. Schuljahr: Montag, 4.30	Sonnabend, 5.00	Mittwoch, 5.00 Uhr
Jugendweib-Klassen: Montag, 3.00	Donnerstag, 3.30	Sonnabend, 3.30 Uhr
„Rädchen“: Montag, 4.00	Donnerstag, 4.30	Sonnabend, 4.30 Uhr

Die Jugendweib-Klassen beginnen Donnerstag, den 18. April h. J.
Das 4. bis 7. Schuljahr beginnt Montag, den 22. April.
Wir bitten, bestimmt die Kinder an diesen Tagen zu unserem Welt- und Lebensanschauungs-Unterricht zu schicken und zu regelmäßigem Besuch anzuhelfen.
Nichtteilnahme am Unterricht zieht den Ausschluß von der Jugendweib-Klasse nach sich.

Der Vorstand

Sie verdienen Sie täglich 10 Mark mit Schachfenkel

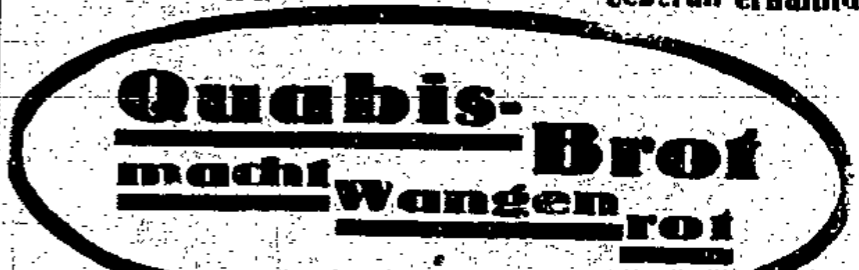
Nur persönlich kommen
Reste
in Serge, Mittel, Leinwand, Aermelstücker, Rockstoffe, Garn, Knöpfe, Kerseje, Erdal alles jezt 61 Ilig prima Ware
Detail und Engros
Marth. Lippert
Breslau
Seidenstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Weserbergasstr. 43

Inserate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Schallplatten leihweise billigst
Telegraphenstr. 8
hochpar.
Blick & Co. am Zeitungsstand

Rechts- u. Steuerberatung
Renten-, Straf-, Ehesachen usw. Rechtsauskünfte Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1928
werden sachgemäß und billig erledigt
bei
Rudolf Dux
Waldenburg
REIM 2
(Eingang

Überall erhältlich Überall erhältlich



Überall erhältlich Überall erhältlich

Alles wird davon sprechen hingerichtet
jed Blick wird sein auf unsere billigen Preise. Ueberzeugen Sie sich selbst in unserer

Fabrikniederlage Gielwitz, Ebertstr. 20
(ehemalig. Markgrafenzstrasse)
gegenüber der Maschinenbau-Schule
Nachstehend eine kleine Probe unserer Preiswürdigkeit bei höchster Qualität:

1 kompl. Bett, bestehend a. Stahlboden und Auflage.	RM. 50.—
Bettstellen (Eiche, Nußbaum gem. etc.)	von „ 25.— an
Chaiselongues	„ „ 35.— „
Stahlmattressen i. all. Größ.	„ „ 12.— „
Auflegemattressen (beste Füllung) i. allen Größen	„ „ 13.— „

Kompl. Küchen und Schlafzimmer zu äußerst billigen Fabrikpreisen in echt und gemalt
Alle Möbelstücke sind auch einzeln erhältlich
Auf Wunsch Teilzahlung Bei Barz. 10% Rabatt

Deutsches Möbel- u. Polsterwerk G.m.b.H., Gera
Filialeleiter I. V.: O. K. Krause